

Wöchentlich 80 Bl., monatlich 2,40 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Blg. Postzeitungs- und 22 Blg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Brauereiwirtschaft“, „Lehrling“, „Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvention des 80. Plenums, Ratifizierung des Reichsmarkts, „Kleine Angelegenheiten“ des einseitigen Wortes 25 Plenum (Geldschatz) (jetzt gebundene Worte), jedes weitere Wort 12 Plenum, Stimmengruppe das erste Wort 15 Plenum, jedes weitere Wort 10 Plenum, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Plenum, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 44 Plenum, Anzeigenpreise im Hauptgeschäft (Einbezahlung 2. wochentgl. von 6/1 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönholst 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositarkasse Lindenstr. 8

Judenstaat und Judenkanzler.

Zur Genesis eines „völkischen“ Schlagworts.

Von Hermann Wendel.

Glagen leuchten, Brillen blitzen, Vollbärte wackeln, und jedesmal, wenn vom Rednerpult das Stichwort „die Juden“ fällt, erhebt sich heiseres Geschrei. Der kleine Fanatiker dort oben, auch mit Glase, Brille, Vollbart, weiß, was bei seiner Höflichkeit einschlägt. Er sucht mit den Armen und schreit: Ich wiederhole, die Juden, nur die Juden sind schuld! (Bravo!) Der Jude arbeitet nicht selber, sondern er läßt andere für sich arbeiten! (Schieber! Lumpen!) Er kennt nur den Schacher und Wucher! (Juden raus!) Dabei wird bei uns eine Politik von Juden für Juden getrieben! (Schande!) Die Presse ist verjudet, die Parteien sind verjudet, der Staat ist verjudet (Nieder die Judenbande!), ja, die Regierung, der Kanzler selbst ist von den Juden abhängig!... Hier erhebt sich die Verammlung spontan und stimmt an: Wir brauchen keine Judenrepublik!

Aber halt! Nicht doch! Von Judenrepublik ist keine Rede! Es handelt sich nicht um einen Ausschnitt aus dem öffentlichen Leben der Gegenwart, sondern so tobte vor einem halben Jahrhundert im Kaiserreich der Hohenzollern die christlich-germanische Entrüstung, und der Reichskanzler, der als Judenfeind „gebrandmarkt“ wurde, hieß weder Scheidemann noch Hermann Müller, sondern Bismarck und war der gleiche Bismarck, den heute „völkische“ und ihresgleichen als Nationalheiligen anbeten und nach dem sie ihre Jugendbünde nennen. In den demagogischen Stumpfsinn jener Zeit hineinzuweisen, ist das Verdienst einer kleinen geschichtlichen Studie von Dr. Kurt Wamzinek „Die Entstehung der deutschen Antisemitensparteien (1873 bis 1890)“ (Verlag Emil Ebering, Berlin). In dem jungen deutschen Reich hatte der befruchtende Tau der fünf Goldmilliarden französischer Kriegsentwädigung das Gründertum uppig ins Kraut schießen lassen. Zählte Breußen 1867 erst 225 Aktien-gesellschaften, so entstanden 1871 259 und 1872 504 neue, viele davon als reine Schwindelunternehmungen, die lediglich den Leuten das Geld aus der Tasche zogen. Die Vorkörper dieser wahrhaft ohne produktive Arbeit vor sich gehenden Ausbeutung stellte der christliche Adel teutscher Nation und die altpreussische Beamtenenschaft, die nach den „völkischen“ Tugenden im Vergleiche zu der Beamtenchaft der Republik Selbstlosigkeit, Rechtllichkeit und Unantastbarkeit durch alle Poren schwitzte. In seiner berühmten Enthüllungsrede vom 7. Februar 1873 benannte der Reichstagsabgeordnete Lasker als sehr bedenkliche Erzgründer drei Säulen der Konservativen Partei, den Geheimrat Wagner, der einst die „Kreuzzeitung“ aus der Taufe gehoben hatte, den Fürsten Putbus und den Prinzen Biron von Kurland. Unter den faulsten Gründungsprospekten standen die feudalen Namen von Herrenhaus- und Landtagsmitgliedern, von Regierungspräsidenten, Regierungsgeräten und Landräten, von Ministerialräten, Legationsräten und Oberbürgermeistern, von Gerichtspräsidenten, Kammergerichtsräten und Oberstaatsanwälten — die Zahl dieser Beamten war Legion: allein drei Vizepräsidenten, v. Wurmb in Berlin, v. Brandt in Hannover und v. Gerhardt in Magdeburg saßen im Aufsichtsrat von Gründergesellschaften!

Als durch den großen Krach von 1873 viele kleine Leute über Nacht all ihr Erspartes verloren, schuf ihr Heulen und Zähneklappern die günstige Stimmung für die erste antisemitische Hege in Deutschland. Die Schriften der Otto Slagau, Wilhelm Marr und Rudolf Meyers strotzten von all den lieblichen Schlagworten, mit denen die Hitler, Ludendorff und Reventlow geistig wehrlosen Kleinbürgern den Schädel vollstopten. Daß einzig die Juden den Vorteil vom Krieg eingeheimst hätten, daß Deutschland immer mehr der Judenherrenschaft verfallte, daß die „rote Internationale“ nur die Geschäfte der „goldenen Internationale“ besorge — all das konnten einfältige Gemüter schon damals als Heilswahrheit nach Hause tragen, und auch die Behauptung, daß die künstlich erzeugte Pogromstimmung der „Ausbruch des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element“ sei, war bereits in den siebziger Jahren gang und gäbe.

Aber es fehlte — 1879! — auch nicht die Bezeichnung, mit der 1929 aus „völkischem“ Mund die Republik herabgelacht werden soll, daß die Juden „die besten und wahrsten Reichsfreunde in Deutschland“ seien, „denn dieses Reich“ — das bismarckische, nicht die Republik! — „ist ganz dazu angehen, sie zu den höchsten und allerhöchsten Würden im Staate zu bringen“ (Marr). Nicht minder hieß es — von dem Hohenzollern-Deutschland des Jahres 1877, nicht von der Republik! — „daß seine Regierung, „der Börse unbedingt ergeben“ sei (Meyer) und von da bis zu dem Vorwurf, daß der Mann an der Spitze, der Gründer des Reichs, der „eiserne Kanzler“ ein Handlanger der Judenherrenschaft sei, war nur mehr ein kleiner Schritt. Durch die Befehgebung, die Deutschland wenigstens auf wirtschaftlichem Felde zu einem modernen Staat machen wollte, hatte er sich das Mißfallen aller hinterpommerschen

Achtstundentagdebatte in Genf.

Wiffells Antwort an England.

Genf, 11. März. (Eigenbericht.)

Die am Montag begonnene Verwaltungsratsstagung des Arbeitsamtes steht im Zeichen des Achtstundentages und des kommenden englischen Wahlkampfes. Die den zuständigen Stellen zugeleiteten Bemerkungen des englischen konservativen Kabinetts zum Washingtoner Abkommen sind größtenteils so harmloser Natur, daß eine gut arbeitende Kommission in einigen Stunden die gewünschten neueren Begriffsbestimmungen unterbreiten könnte, wenn sie nicht überhaupt gefordert worden sind, um dem englischen Arbeiter im Wahlkampf zu zeigen, daß die englische Regierung keine Beseitigung des Washingtoner Abkommens erstrebt.

Von einiger Bedeutung ist die Forderung zu Artikel 1 des Abkommens, die Grenzen zwischen Gewerbe, Handel und Landwirtschaft genauer zu ziehen. Wichtig für die Betriebswirtschaft ist auch die weitere Anregung, eine Verteilung der 48stündigen Wochenarbeitszeit auf vier oder fünf Tage zuzulassen. Dagegen kann die Forderung gefährlich werden, bei Saisonbetrieben in der Saison eine Überschreitung der 48-Stundenwoche zuzulassen. Weiter verlangt England eine detaillierte Aufzählung der nicht zu unterbrechenden Arbeiten, bei denen eine Überschreitung des Achtstundentages erlaubt ist (Artikel 4 und 7). Die Ueberstundenfrage wünscht die englische Regierung gleichfalls näher geregelt. Sie klagt zum Schluß, daß der Artikel 14, der die Aufhebung des Achtstundentages im Kriegsfall zuläßt, zu unbestimmt gehalten sei.

Im Verlauf der Montagtagung legte Reichsarbeitsminister Wiffell den

Standpunkt der deutschen Regierung

zur Frage des Achtstundentages wie folgt dar: „Wenn ich die Darlegungen des englischen Arbeitsministers richtig erfaßt habe, so will England an den Grundgedanken des Washingtoner Abkommens nicht rühren, besonders den Kern, den Achtstundentag, nicht antasten. England wünscht eine Klarlegung der Zweifel. Ich muß zugeben, daß an einer solchen Klarlegung ein Interesse besteht. Auch Deutschland ist daran interessiert, daß das Abkommen in allen ratifizierenden Ländern gleichartig ausgelegt und gleich streng durchgeführt wird. Aber es ist doch schon eine weitgehende Übereinstimmung in den Auslegungen erzielt. Fast alle Fragen, die die englische Regierung aufgeworfen hat, sind bereits Gegenstand der Besprechungen in London im Jahre 1926 zwischen den Arbeitsministern von England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland

Bärenhäuter ebenso zugezogen wie durch den vertrauten Verkehr mit seinem Leibkammerherrn, Gerson Bleichröder, dessen Adeligung er sogar bei Wilhelm I. durchgesetzt hatte.

Im Sommer 1875 schloß denn die „Kreuzzeitung“ mit einer Artikelreihe „Die Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen“ los, die den Kanzler als intimen Judenfreund verdächtige Tüchisch wurde angedeutet, daß Bismarck schon in die Abhängigkeit von jüdischen Geldleuten geraten sei, als er „mit spärlichem preussischen Gehaltengeld und ohne erhebliches Einkommen in Petersburg, Paris und Frankfurt guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte“. Als Folgeerscheinung sei heute Bleichröder in finanziell-nationalökonomischer Hinsicht der „spiritus familiaris (Hausgeist) des neudeutschen Reichs“ unsere „Mitbürger semitischer Rasse“ beherrschten die Befehgebung, die ganze Wirtschaftspolitik sei „Judenpolitik“ und laufe auf „Judenprivilegien“ hinaus!

Nur dieses Biffs bedurfte es, um die ganze antisemitische Meute auf die Fährte Bismarcks zu setzen. Immer wieder reißt sich der unbefangene Leser die Augen, um sich zu vergegenwärtigen, daß er in Rudolf Meyers „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland“ nicht eine „völkische“ Sudelei gegen die schwarzrotgoldene Republik vor sich hat, sondern daß das bismarckische Reich bezeichnet wird als „ein System der Ausfugung und Ausraubung des Volkes durch Blutsauger, welche sich der Gunst der obersten Regierungsbehörden, des Fürsten Bismarck und einiger seiner Minister in hohem Grade erfreuen“. Das glorreiche deutsche Kaiserreich und nichts anderes ist gemeint, wenn es in der gleichen Schrift heißt:

Solange der Fürst Bismarck das allein mächtige Idol bleibt, wird die deutsche Nation dem Reich, das Reich dem Kanzler geopfert werden, und der Kanzler gehört den Juden und Gründern. Daher gibt es für unsere Politik nur eine gebundene Marschroute:

Beseitigung des jetzigen Systems und seines Trägers!

Ja, nieder mit der Judenre— pardon, mit der Judenmonarchie!

Auch von katholischer Seite wurde, in den „Historisch-Politischen Blättern“ von 1875 dem Reich Wilhelm I. und Bismarcks der jüdische Ursprung bestätigt: „Alles, was bei uns Gesehe gibt, was in den Finanzen, in der Wissenschaft, der Kunst, der Presse das Wort führt, hat

unter Mitwirkung des Direktors des internationalen Arbeitsamtes Thomas gewesen. In fast allen Punkten gelangte man zu einer übereinstimmenden Auslegung. Deutschland ist der Meinung, daß dadurch eine

ausreichende Grundlage für die Ratifikation

besteht. Deutschland hat seit der Londoner Konferenz die Ratifikation mit Nachdruck betrieben. Wir haben unsere Befehgebung den Anforderungen des Washingtoner Abkommens mehr und mehr angepaßt und in der Zwischenzeit dem Reichstag den Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes vorgelegt, der die letzten Hindernisse der Ratifikation beseitigen soll, und wir haben das Ratifikationsgesetz, das dem Reichsrat vorliegt, nur deshalb dem Parlament noch nicht unterbreitet, um nicht den Genfer Verhandlungen vorzugreifen. Wenn das Revisionsverfahren eingeleitet wird, so würden der deutschen Befehgebung daraus große Schwierigkeiten erwachsen. Die feste Grundlage, auf der sie beruht, würde ins Schwanken geraten. Der Wunsch würde entstehen, das Ergebnis einer Revision abzuwarten, die Notwendigkeit, sich dem geänderten Abkommen anzupassen, und in ähnlicher Lage sind wohl alle Länder, die die Ratifikation vorbereitet oder schon vollzogen haben.

Die Frage ist: wird durch die Revision die allgemeine Ratifikation des Abkommens gefördert oder erschwert.

Verzögert wird sie dadurch bestimmt

und zudem wissen wir ja auch noch gar nicht, was die Revision bringen wird. Die englische Regierung hat gesagt, was ihr unklar ist. Sie hat uns aber noch nicht gesagt, welche Fassung des Abkommens sie selbst erstrebt. Fast alle wichtigen Bestimmungen sind von neuem zur Behandlung gestellt. Wer kann aber übersehen, welche weiteren Fragen von anderer Seite noch etwa aufgeworfen werden, und wer kann das Ergebnis einer eventuellen Revision vorausberechnen. Sollte die Revision etwa zu einer Verringerung des gegenwärtigen sozialen Schutzes führen, so würde die deutsche Regierung einen solchen Rückschritt aufrichtig bedauern. Sollte aber eine schärfere Fassung des Abkommens das Ergebnis der Revision sein, so erscheint eine derartige Verbesserung durchaus noch nicht unter allen Umständen als zweckmäßig. Es genügt nicht, ein jeden Zweifel ausschließendes Abkommen zu haben, es kommt, meine ich, in erster Linie darauf an, daß das Abkommen überall gilt. Wäre es nicht zweckmäßig, das Abkommen

in seinen Adern jemitisches Blut rollen“. Noch strammer ging eine Schmähchrift ins Zeug, die der „Reichsglöckner“ Joachim Geshjen unter dem Titel „Das kleine Buch vom großen Bismarck“ 1877 in Bern erscheinen ließ. Hier wurde dem Nationalheros unserer Republikshaffer keiner, aber auch keiner der Anwürfe erspart, die sie tagtäglich gegen die neue demokratische Staatsform schleudern:

Dem Fürsten Bismarck gebührt das Verdienst, die Juden und ihre Genossen zur herrschenden Clique in Deutschland erhoben zu haben... Die Protektion der Juden im Deutschen Reich ist eines der schwärzesten Merkmale des gloriosen Reiches Bismarcks und seine Folge die Verarmung des arbeitenden Volks, die Demoralisierung aller Kreise der Gesellschaft... Der Fürst Bismarck ist dem Einfluß des Judentums unterlegen. Juden und Judenengenossen bilden seine Gesellschaft, sie sind sein täglicher Umgang und seine politischen Berater.

Und da damals schon der Antisemitismus ein Wahnsinn war, aber Methode hatte, warf sehr bald ein Vorläufer unserer Judenreicher Karl Paasch, in seiner Broschüre die Frage auf:

Sollte es möglich sein, daß Bismarck ein geheimer Jude ist, daß der in ihm wuchernde Keim des Talmud die fernige deutsche Natur übermachtet hat?

Er erhielt zu einer Zeit, da die preussische Junkerpartei von den Antisemiten als die „Konservativen“ verhöhnt wurde, die Antwort, in einer Schrift Balders „Die Wahrheit über Bismarck“, die als erwiesene annahm, daß „Bismarck ein Abkömmling von Juden und Krämer“ sei!!! Was also Judenrepublik? Das Hohenzollernreich war ein Judenstaat, die kaiserliche Regierung eine Judenregierung, Bismarck selbst ein Judenfeind, ja, ein Judenstammeling — die politischen Vorfahren unserer „völkischen“ haben es Hunderte von Malen in die Welt trompetet.

Solche historische Erinnerung scheint sehr geeignet, auch den politisch Leichtgläubigen nachdenklich zu stimmen. Denn nur eins von zwei Dingen ist möglich. Entweder trifft zu, was die „völkischen“ der siebziger Jahre über die Verjudung Bismarcks und seines Systems verkündeten — dann ist das Geschimpfe ihrer Nachtreter auf die „Judenrepublik“ gegenstandslos. Oder die gegen Bismarck geflüdelerten antisemitischen Schmähungen waren eitel Schwindel — dann wird es sich, da Schwindler Schwindler bleiben, wohl nicht anders mit den Schmähungen der „Judenrepublik“ verhalten.

in seiner bisherigen Fassung, vielleicht mit einer Modifikation zu ratifizieren und die sicher erstrebenswerte weitere Verbesserung anheimzustellen? Dazu ist Deutschland bereit und ich bitte die anderen Regierungen in dieser bedeutsamen Stunde, nochmals eingehend prüfen zu wollen, ob sie uns nicht auf diesem Wege folgen können.

Ich glaube, man soll das Erreichbare wählen. Schaffen wir durch die Ratifizierung eine zuverlässige Grundlage

und arbeiten wir dann an einer Verbesserung des Erreichten. Die Auslegungsschwierigkeiten dürfen uns nicht schrecken. Auch gegen die deutschen Auslegungen des Washingtoner Abkommens kann man das eine oder andere einwenden. Deutschland ist bereit, derartige Zweifel zu beseitigen. Deutschland würde sich dem Verfahren unterwerfen, wenn seine Auslegungen von den maßgebenden Instanzen beanstandet werden sollten, und auch die Folgerungen daraus ziehen. Andere Regierungen haben sich bereits auf diesen Standpunkt gestellt. Ich frage mich, ob das nicht alle Regierungen können. Wenn das nicht möglich ist, dann muß Deutschland zu dem englischen Standpunkt Stellung nehmen, und diese Entscheidung ist schwierig und verantwortungsvoll. Denn so wichtig auf der einen Seite die gradlinige Fortsetzung der deutschen und internationalen Arbeitszeitpolitik ist, so schwierig wäre es, wenn England etwa erklärte, das jetzige Abkommen nicht ratifizieren zu können, den englischen Antrag abzulehnen und damit den Weg zur allgemeinen Ratifikation zu versperren. Ich suche nach einem Wege, dem englischen Wunsche entgegenzukommen, ohne das Ganze in Frage zu stellen. Eine Menge der Anstände betreffen nicht den großen Grundgedanken des Washingtoner Abkommens und gerade deshalb möchte ich, daß England auch ratifiziert und damit den anderen Ländern, die darauf warten, ermöglicht, ebenfalls zu ratifizieren.

Nun frage ich mich, ob es nicht möglich wäre, in einer noch zu prüfenden Weise

die sechs Londoner Punkte in ein Zusatzabkommen.

oder in das Washingtoner Abkommen selbst aufzunehmen, und damit sowohl die gewünschten juristischen Begriffsbestimmungen zu erzielen, als das Londoner Abkommen mit dem Washingtoner Abkommen zu vereinigen ist. Daselbe hat ja auch Jouhaug vorgeschlagen. Bei einem solchen Verfahren wählten wir wenigstens, was wir von einer Revision zu erwarten haben und lassen nicht Gefahr, das einmal Erreichte wieder zerstören zu müssen. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Deutschland kann sich mit dem Washingtoner Abkommen in seiner heutigen Fassung begnügen. Wir würden es an sich auch nicht gern sehen, wenn die Ratifikation wieder hinausgeschoben würde. Aber wenn dies der einzige Weg ist, um eine Ratifikation durch England zu erreichen und wenn die bestimmte Aussicht besteht, daß dieser Weg auch wirklich zur Ratifizierung durch England führt, so würde Deutschland diesem Verfahren zustimmen können. Damit ist ja nicht ausgeschlossen, daß außer der Aufnahme der sechs Londoner Punkte noch später die übrigen Zweifelspunkte aufgehoben werden. Ich bitte die englische Regierung, diese Möglichkeiten zu prüfen und zu sagen, ob ihre Ratifikation dann auch sicher erfolgen wird."

Küher den schon gemeldeten Punkten verdient die englische Anfrage, ob nicht eine Ausnahme für die Kleinbetriebe von unter 5 Arbeitern gemacht werden könnte, Erwähnung. Der englische Arbeitsminister sagte aber bei fast jedem Punkte, welche Auslegung England wünsche. Die Londoner Konferenz vom Jahre 1926 hätte gewiß einige Auslegungen zum Washingtoner Abkommen gegeben, aber

die englischen Kronjuristen ließen diese Auslegungen nicht zu.

Deswegen sei das Londoner Abkommen für England nicht genügend. Wenn aber eine Revision zu einem befriedigenden Ergebnis führe, dann würde er am nächsten Tage der englischen Regierung die Ratifizierung empfehlen und diese würde zweifellos ihre Zustimmung dazu geben.

Die Debatte ergab, daß nur die Unternehmergruppe durch eine Erklärung ihres derzeitigen Vorsitzenden, des deutschen Kommerzienrats Vogel, und durch eine längere Rede des englischen Unternehmervertreters sich hinter den englischen Revisionswunsch stellte. Die Arbeiter lehnten durch den Mund des englischen Gewerkschaftlers Boulton, durch Jouhaug und den Belgier Mertens das englische Verlangen nach Revision ab. Boulton wies darauf hin, daß die Annahme der Washingtoner Konvention in keinem der Punkte, die die englische Regierung nochgeprüft wünsche, Schwierigkeiten für Großbritannien bieten würde. Jouhaug und Mertens erklärten, daß die Arbeiter trotz verschiedener Einwände, die sie gegen die Auslegung der Londoner Arbeitsministerkonferenz gehabt hätten, diese Auslegungen annehmen könnten, wenn dadurch ein Revisionsverfahren verhindert würde.

Mit diesen Erklärungen der Arbeitergruppe stimmt die Anregung des Arbeitsministers Wiffell überein. Wiffell brachte damit den positiven Vorschlag des Tages. Aber Wiffell, wie nach ihm der Regierungsvertreter Frankreichs Jouhaug und der Regierungsvertreter Belgiens, erinnerten ausdrücklich, daß eine Ergänzung des Washingtoner Abkommens durch die Londoner Auslegungen nur dann Zweck hätte, wenn England sich vorher verpflichte, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Jouhaug, der wie der Belgier die Anregung Wiffells begrüßte und unterstützte, erklärte es für nicht genügend, daß England die Ratifikation als zweiten Schritt nach einer Befriedigung seiner Wünsche in Aussicht gestellt habe. Die Ratifizierung müsse der erste Schritt sein, die Auslegungen über eventuelle Unklarheiten könnten dann immer noch erfolgen.

Scharfe Kritik der Arbeiterpartei.

London, 11. März. (Eigenbericht.)

Die Rede des britischen Arbeitsministers Steele-Maitland in Genf hat in der britischen Arbeiterbewegung starke Erregung ausgelöst. Der „Daily Herald“ betont, daß sich Großbritannien vor 10 Jahren selektiv verpflichtet habe, die Washingtoner Konvention zu ratifizieren. Es sei deshalb ein erniedrigendes Schauspiel, wenn der britische Arbeitsminister, der behauptet, im Namen Großbritanniens zu sprechen, die Wiederaufrollung der ganzen Frage fordere. Großbritannien verlange nunmehr eine neue Konvention, die die in Washington festgelegten Grundzüge einschließen solle. Dies stelle größte Heuchelei dar. Die britische Forderung beruhe sich dabei auf eine Klausel in der Washingtoner Konvention. Großbritannien habe jedoch weder ein moralisches noch ein formelles Recht, sich auf einen Paragraphen in einem Abkommen zu berufen, daß es nicht durchzuführen gedenke. Der „Daily Herald“ wendet sich hierauf gegen die Behauptung, daß die Konvention mehrfache Deutungen ermögliche und erinnert daran, daß der Ministerpräsident im Februar 1926 die Ratifikation angekündigt habe, wenn die Arbeitsministerkonferenz in London zu einer Einigung kommen würde. Die Ratifikation sei jedoch nicht vollzogen worden,

Gegen Zensur.

Eine Kundgebung unter dem Vorsitz von Carl Severing.

Die 18 kulturellen Verbände, die im Kampfausschuß gegen die Zensur vereinigt sind, veranstalteten gestern im überfüllten Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Genossen Severing eine wirkungsvolle Kundgebung.

In seinen einleitenden Worten führte Severing aus, daß der Staat verkümmern müsse, wenn die Kunst verkümmere. Die Entschlüsse des Preussischen Landtags deuteten auf die Einführung einer Vorzensur hin.

Solange er Reichsminister des Innern sei, werde er kultur- und kunstfeindlichen Bestrebungen nicht stattgeben.

Nach Verlesung eines Schreibens von Gerhart Hauptmann nahm Frh. von Unruh das Wort: Wir wollen nicht Gedankenwillkür, wir wollen Gedankenfreiheit. Das Geschlecht, das in den Gräben gelegen hat, das sich mordete mit Handgranaten und Flammenwerfern, das die Freudenhäuser der Stuppen sah, ohne daß damals die Herren Zensoren eingriffen, hat ein Anrecht auf diese Freiheit. Zensur ist nie objektiv, sondern wird immer aus Interesse gehandhabt. Die Jugend wird durchkommen und Gift ablehnen, wie das Fohlen auf der Weide, das niemals, aus dem Instinkt der Selbsterhaltung heraus, ein giftiges Kraut anrührt.

Genosse Dr. Wolfgang Heine wies dem Landtag Dank für seine Entschlüsse, weil durch sie die Künstler aufgerüttelt seien gegen die Räuberbande der Zensoren. Schon heute kämpft auf Grund des lächerlichen Schmutz- und Schundgesetzes eine tendenziös zusammengesetzte Behörde in seiner Philistertendenz gegen die Kunst. Vorzensur und Nachzensur unterstehen subalternen Geistern. Zensur unterdrückt immer den starken, freien, neuen Geist. Heine bedauert die Anwendung der Bestimmungen des preussischen Landrechts gegen Sappels Stück „Bistgas über Berlin“. Er würde es nicht einmal für so schlimm ansehen, wenn einige Rechts- und Linksradikale sich blutige Köpfe schlagen. Das Gute, nicht das Schlechte geht durch. Bei einem Gesetz auf der Grundlage der Entschlüsse des Preussischen Landtags würde eine feindbürgerliche Bürokratie in ungeistiger Ahnungslosigkeit den Geist unterdrücken.

Rechtswissenschaftler Dr. Edwin Redslob bezeichnete den Kampf gegen jede Zensur als einen Dienst an der Reichsverfassung. Der geistige Mensch, nicht der Normalmensch, der Kritik, hat der Nation die Wege zu weisen... Kunst muß frei sein, Zensur macht sie vogelfrei. Mittelmäßigkeit, flache Durchschnittlichkeit geben der Zensur ihren kunstfeindlichen Charakter. Die Mißgeburt der Zensur verdirbt den wahren Kampf gegen Schmutz und Schund.

Heinrich Mann bedauert, daß nicht schon beim Kampf um das Schmutz- und Schundgesetz die geistigen Verbände sich zusammenschlossen. Es ist leichter, Zensur zu verlangen, als gegen

obwohl diese Einigung zwischen den fünf Arbeitsministern festgestellt worden sei. Was die positiven Vorschläge des britischen Arbeitsministers anlangt, so fordere die britische Regierung einerseits eine festere Bindung hinsichtlich der 48-Stunden-Woche und andererseits eine größere Elastizität in der Frage der Ueberzeit. Daraus geht hervor, daß die Regierung lediglich nach einer Ausrede suche, um ihren Mangel an unständigem Benehmen in dieser Frage zu verdecken.

Strafanträge im Heines-Prozess.

Lodesstrafe gegen Heines.

Stettin, 11. März.

Im Heines-Prozess stellte Oberstaatsanwalt Sah am Schluß der mehrstündigen Anklagerede folgende Strafanträge:

Gegen Heines wegen Mordes die Todesstrafe, gegen Ottow wegen Beihilfe zum Mord 4 Jahre Zuchthaus, gegen Fräbel, Bär, Vogt und Krüger ebenfalls wegen Beihilfe zum Mord je 3 Jahre Zuchthaus. Für Baudemer beantragte er Freisprechung. Von einer Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte hat der Anklagevertreter bei allen Angeklagten, bei denen Verurteilung beantragt ist, Abstand zu nehmen, dagegen ersuchte er das Schwurgericht, von sich aus zur Frage einer Beugnadiung Stellung zu nehmen. Weiter beantragte er Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Heines, dagegen Aufhebung des Haftbefehls gegen Fräbel.

Scholz in Mainz.

Für Große Koalition — aber gegen die Steuervorlagen der Regierung und für Schwarzweißrot.

Herr Scholz, der Fraktionsvorsitzende, hat am Sonntag in Mainz auf dem heftigen Parteitag der Volkspartei geredet. Er hat erklärt, es komme alles darauf an, die Sozialdemokratie als die stärkste Partei zur Mitarbeit heranzuziehen — nur müsse sie auf ihre „parteidemagogischen Ideen“ verzichten. Offenbar um zu zeigen, was unter „parteidemagogischen Ideen“ zu verstehen ist, bekannte sich Herr Scholz zu der berühmten „Idee“ der Volkspartei, die Steuern nicht nur nicht zu erhöhen, sondern noch zu senken — dies in demselben Augenblick, in dem der Reichsfinanzminister mit Zustimmung seiner volksparteilichen Kollegen dem Reichstag seine neuen Steuervorlagen überreicht hat. In diesem Augenblick spricht Herr Scholz von der „Parteidemagogie“ — anderer!

Nach Herrn Scholz hat sich im Reich „eine völlig unverantwortliche Finanzwirtschaft“ eingeschlichen. Da der erste Etat, der wieder unter sozialdemokratischer Mitwirkung zustande gekommen ist, sparamer aufgestellt ist als seine Vorgänger, kann sich der Vorwurf der „unverantwortlichen Finanzwirtschaft“ nur auf die vorangegangenen Jahre 1922—1928 beziehen, in denen die Sozialdemokratie nicht, die Volkspartei aber ständig in der Reichsregierung vertreten war.

Außerdem hat sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, die finanzpolitischen Sünden der anderen Parteien einschließlich der Volkspartei wieder gutmachen zu helfen. Aber das wird ihr sehr erschwert durch die Volkspartei, die immerzu schreit, am Etat müsse sozial gestrichen werden, daß er auch ohne neue Steuern balanciert, die aber nicht sagen will, wie das gemacht werden kann.

Schließlich hat sich Herr Scholz zu den Farben Schwarzweißrot bekannt. Sie passen zu ihm. Hätte er seine Rede

das entsetzliche Elend, die Wohnungs- und Arbeitslosigkeit, zu kämpfen. Es ist angenehmer, weil der andere Kampf die eigenen materiellen Interessen berühren könnte. Das deutsche Volk braucht keinen Zensur. Kamen nicht die Reue deshalb aus der Mode, weil Sittenverderbnis auf die Dauer keinen Spah macht, wenn sie zu dumm vorgetragen wird? Wir müssen angreifen, die Reaktion muß herausgeben, was sie schon ertrotzt hat. Unser Kampf ist nicht von vorübergehender Aktualität, er ist ewig, denn Geistesfreiheit tut uns not wie das tägliche Brot!

Der Vertreter der Bildenden Künste betonte, daß eine Zensur sich immer gegen wirkliche Künstler am schärfsten richtet und belegte dies mit Maßregelungen Kaldreuths, Corinths, Liebermanns und anderer aus der Vergangenheit. Der Künstler ist kein Normalmensch, er kann nur in völliger Freiheit gedeihen.

Generalkonferenz Genosse Leopold Jecher sprach von dem „Lieblingstier der Zensur“, dem Theater. Ein gesunder Körper ist nicht zu infizieren. Zensur will die „gute alte Zeit“ wieder. Wir aber wollen das Neue. Wir kämpfen gegen jede Zensur, nicht aus Angstmalerei, nicht aus Kurfürstendammerel, sondern im Dienst der deutschen Kunst. Professor Bie sprach für den Verband Deutscher Musiktrikler und wies darauf hin, daß auch hier der Zensur seinen Finger hebe. Sei doch in der Musik zu Schnitzlers „Reigen“ Anstoß und Kergernis genommen auf Grund der unnothigen Fiktion, daß einige Takte den Rhythmus des menschlichen Beschlafs wiedergäben. Heute hat sich die Musik zur Zeit gemeldet, und die Geschichte der Musik beweise, daß noch kein schlechtes Werk sich auf die Dauer gehalten habe. Sei es nicht ein schönes Zeichen, daß heute die Liebe zu Bach größer sei denn je?

Lupu Bick von der Dachorganisation künftiger Künstler nannte den Film das Stiefkind der Gesehgebung. Aus Angst vor der Zensur hat aber noch niemand einen guten Film gemacht. Emil Lind von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger nannte die Zensur einen Einbruch von Spießern in Kulturen, die ihnen fremd sind. Frh. Kortner vom Staatstheater las mit größter Wirkung Kampferse Heines und Wedekinds gegen die Zensur.

Eine Resolution, die fast einstimmig angenommen wurde, wendet sich gegen jedes auch verschleierte Zensursystem, weil es kulturwidrig ist und verspricht, aus idealen Motiven die ständige Wachsamkeit der vereinigten Verbände.

In seinem Schlusswort führte Reichsminister Severing aus, daß nicht nur Parlamentarier und Behördenvertreter schuld seien am Wiederaufleben der Zensur, sondern auch die Rückständigkeit vieler Volksteile. Ein Volk — und nicht zum wenigsten sind es die Jungen im Volke, — das Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not in bewundernswürdiger Selbstdisziplin ertragen hat, braucht keinen Zensur. Der Kampf gegen die Zensur muß täglich geführt werden, so wie es einer unserer Größten sagte: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!

mit der Flagge Schwarzweißrot zu decken versucht, so hätte man dagegen protestieren müssen.

Im übrigen kommt es jetzt nicht mehr auf Worte, sondern auf Taten an. Die Volkspartei ist heute eine Oppositionspartei mit zwei Ministern in der Regierung. Dieses Spiel kann sie nicht fortführen. Beim Etat und den Deckungsfragen fällt die Entscheidung.

Die Deckungsvorlagen im Reichstag.

Der Reichsrat hat zugestimmt.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag die drei Deckungsvorlagen zum Haushalt für 1929 zugehen lassen. Sie bestehen aus einer Änderung des Biersteuergesetzes, einer Änderung des Branntweinmonopolgesetzes und einer Änderung des Erbschaftssteuergesetzes.

Die weiteren Deckungsvorschläge der Regierung betreffen den einmaligen Zuschlag zur Vermögenssteuer im Betrage von 104 Millionen und die Kürzung der Ueberweisungen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer an Länder und Gemeinden im Betrage von 120 Millionen. Diese beiden Deckungsvorschläge sind im Haushaltsgesetz selbst enthalten, das dem Reichstag zusammen mit dem Haushaltsplan in den nächsten Tagen nachgereicht werden soll.

Außer den drei genannten Gesetzentwürfen sind dem Reichstag noch drei weitere Steueränderungen vorgelegt worden, und zwar eine Novelle zur Einkommensteuer, eine zur Vermögenssteuer und eine zur Wechselsteuer. Der Reichsrat hat den sechs Vorlagen zugestimmt. Nur bei der Änderung des Einkommensteuergesetzes hat er die vorgeschlagene Senkung des Tarifs für die mittleren Einkommen und die Wordnung abgelehnt. Die Reichsregierung hält auch in diesen Punkten an ihrer ursprünglichen Vorlage fest.

Diese sämtlichen Steuergesetze stehen gemeinsam mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltsgesetz bereits zur ersten Lesung auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung, die am Donnerstag stattfindet.

Die deutschnationale Opposition.

In den Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei schreibt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfahren: „Allgemeinpolitisch sind die beabsichtigten Steuererhöhungen anzusehen als der Ausfluß marginaler Denkweise, als ein Vorstoß gegen die privatkapitalistische Gesellschaftsordnung. Offenbar wird versucht, in einem grundsätzlich privatwirtschaftlich verbliebenen Staat sozialistische Methoden zur Durchführung zu bringen.“

Regierungserfolg in Mexiko.

Rückzug der Rebellen.

New York, 11. März.

Aus Mexiko wird amtlich gemeldet, daß die Rebellen Torreón geräumt hätten und auf Chihuahua zurückgingen. Die Regierungstruppen dürften Torreón bereits besetzt haben.

Die Flugzeugwerkstätten von Long Island arbeiten Tag und Nacht an der Herstellung der von der mexikanischen Regierung bestellten Flugzeuge. Die erste Gruppe der Maschinen wird Ende dieser Woche, die zweite Gruppe in der nächsten Woche von Mitchell abfliegen. Die Flugzeuge werden mit Maschinengewehren und Bomben ausgerüstet. Die mexikanischen Flieger, die sie führen sollen, machen auf dem Marineflugplatz der Vereinigten Staaten in Hampton Road eine scharfe Ausbildungszeit durch.

Ende Mai Unterhauswahl.

Die Parteien darüber einig.

LONDON, 11. März. (Eigenbericht.)

Es kann als sicher gelten, daß das Parlament zu Pfingsten aufgelöst werden und die Neuwahl zum Unterhaus am 29. oder 30. Mai vorgenommen wird. Sämtliche Parteien wünschen dieses Datum, um zu vermeiden, daß der Wahltag in die Hauptferienzeit fällt. Das neue Parlament wird voraussichtlich in der zweiten Januarhälfte zusammentreten.

Furcht vor der Reparationsbank.

Beforgnis um die Selbständigkeit der Staaten.

Paris, 11. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz lehnt die Beratung des Entwurfs einer Clearing-Bank zur Regelung der Reparationen fort. An der Diskussion beteiligten sich mit längeren Referaten Dr. Schacht (Deutschland), Moreau (Frankreich), Francqui (Belgien) und Stamp (England).

Im Verlauf der Diskussion ergab sich, daß gegen das Projekt an sich grundsätzliche Bedenken nicht bestehen, jedoch gehen die Ansichten über die Machtbefugnisse der neuen Bank stark auseinander. Einige Redner äußerten die

Befürchtung, daß durch die Errichtung einer solch übermächtigen Bankzentrale die Selbständigkeit nicht nur der Notenbanken, sondern auch der Staaten selbst aufgehoben werden könnte.

Es wurde weiter die Frage der rein bankmäßigen, in der Hauptsache auf dem Gebiet des Kreditwesens liegenden Aufgaben des Instituts sowie die Organisation seiner Zusammenarbeit mit den Notenbanken der einzelnen Länder erörtert.

Die Kommerzialisierungskommission erhielt die Aufgabe, die Frage der Kapitalbeschaffung für das neue Institut sowie ihre Verteilung auf die einzelnen Länder zu prüfen. Sie ist dazu ermächtigt worden und hielt am Montag nachmittags ihre erste Sitzung ab. Die Transferring-Kommission wird über die Funktionen und Kompetenzen der neuen Bank Bericht erstatten. Die einzelnen Kommissionen sollen in Zukunft in engerer Fühlung miteinander treten. Mit der Vereinfachung ihrer Arbeiten ist der englische Delegierte Stamp beauftragt worden. Alle von den einzelnen Kommissionen vorgebrachten Vorschläge sollen in den Gesamtsitzungen eingefügt werden.

Mit Rücksicht auf Dr. Schacht, der nach Berlin fährt, ist die nächste Vollsitzung am Mittwoch nachmittags.

Zerfall der KPD.

Loslösung der Gewerkschaft, Konstituierung der Opposition.

Prag, 11. März. (Eigenbericht.)

Die Zerstückelung innerhalb der tschechischen kommunistischen Partei hat am Sonntag zu außerordentlichen Ereignissen geführt. In einer Reichskonferenz aller Sektionen des „Internationalen proletarischen Verbandes“ in Prag wurde die bisherige, unter dem Diktat des Politbureaus stehende Führung abgelehnt und eine neue Führung eingeleitet, an deren Spitze ein früher vom Politbureau abgeworfener Sekretär steht. In Prag tagte zu gleicher Zeit auch die erste Landeskonferenz der kommunistischen Opposition in Böhmen, an der 82 Delegierte aus 29 Orten teilnahmen. Sie beschloß, den Kampf gegen das Politbureau und die jetzige Führung mit aller Schärfe aufzunehmen. Es wurde ein zwölfköpfiges Landessekretariat gewählt und ein eigenes Sekretariat in Prag errichtet.

Mit der Eroberung des Vorstandes des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes haben die Gegner des Politbureaus die größte kommunistische Organisation, die weit mehr Mitglieder zählt als die politische Partei, in die Hände bekommen. Es handelt sich hier um einen für die kommunistische Partei katastrophalen Vorgang, um eine tiefgehende Spaltung, die allem Anschein nach durch nichts mehr aufgehoben werden kann.

Märzfeier in Wien.

Kranzniederlegung am Ehrengrab.

Wien, 11. März. (Eigenbericht.)

Am Sonntag hat die Wiener Arbeiterchaft den Gedenktag der Märzrevolution von 1848 begangen. Wie alljährlich, haben starke Abordnungen auf dem Zentralfriedhof am städtischen Ehrengrab der Märzgefallenen Kränze niedergesetzt. In der Gedenkrede bewies Dr. Justus Deutsch, daß 1848 das Bürgertum sich nach der Revolution den Generalen in die Arme warf und daß es sich jetzt wieder dem Heimwehrschicksal ergebe, um die Arbeiter niederzumerfen.

Die Kommunisten hatten für Sonntag vormittags einen Aufmarsch im Bezirk Meidling, wo am 24. Februar die Heimwehren herumgezogen waren, geplant. Diesen Aufmarsch hatte die Polizei verboten. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien als Landeshauptmann hat das Verbot jedoch aufgehoben und den Aufmarsch gestattet, weil alle Sozialbürger gleiches Recht haben müßten. Obgleich das Polizeiverbot eine gewaltige Reklame war, folgten die Arbeitermassen der Aufforderung der Sozialdemokratischen Partei und ließen die kommunistische Veranstaltung unbeachtet; sie verlief bei geringer Beteiligung ohne Zwischenfall.

Heinrich Hopf gestorben.

Schwerer Verlust für die Frankfurter Arbeiterbewegung.

Frankfurt a. M., 11. März. (Eigenbericht.)

Kurz vor seinem 60. Geburtstag ist der sozialdemokratische Vorstandsmitglied des Kommunal- und Provinzialparlamentes, der in Bagreuth geborene Heinrich Hopf, an den Folgen einer Darmoperation gestorben. Der Verstorbene war Tapezierer von Beruf und seit 1912 Vorstandsmitglied des Frankfurter Konsumvereins. Als einer der ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten aufs Rathaus geschickt, hat Hopf hier eine kommunalpolitische Tätigkeit entfaltet, die seinen Namen in der Arbeiterbewegung weit über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt und beliebt machte. Von 1918 bis 1924 war Hopf Vorsitzender der Frankfurter Stadtratsordnungsversammlung. Die Frankfurter Arbeiterbewegung verliert in ihm einen der Tüchtigsten und Besten.

Luthers Ruh.



Luther: „Auf diese Hypothekenbank will ich mich setzen. Sie scheint mir sehr zum Ruhesitz geeignet. Denn ich hab' keine Heimat. Kanzleramt, Reichsbahn und Luther-Bund war bald vorüber...“

Ein Vorschlag zur Reichsreform.

Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen.

Der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz, der vom 22. bis 24. Oktober 1928 in Berlin getagt hat, hat drei Unterausschüsse eingesetzt. Der erste behandelt das Problem der Zuständigkeiten, der zweite den Finanzausgleich, der dritte die Organisation der Länder und den Einfluß der Länder auf das Reich.

Der dritte Unterausschuß unterbreitet der Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Arbeiten. Es handelt sich um ein gemeinsames Referat der Herren Ministerialdirektor Dr. Brecht (Preußen), Ministerialdirektor Dr. Poetsch-Hefster (Sachsen), Staatspräsident Dr. Holz (Württemberg), Oberbürgermeister Dr. Peterßen (Hamburg). In der Vorbemerkung des Referats heißt es:

„Die nachstehenden Vorschläge gehen rechtlich von dem Fortfall einer besonderen preußischen Zentralregierung neben der Zentralregierung des Reiches

aus. In der tatsächlichen Auswirkung bedeutet dies kein Wegfall des zentralen preußischen Regierungsapparates, sondern eine Verschmelzung der bestehenden preußischen Ministerien mit den Reichsministerien oder ihre Umwandlung in besondere Reichsministerien. Bei der geschichtlichen Bedeutung des preußischen Staates für das ganze Reich und bei dem Werte seiner — im großen gesehen — hervorragenden Verwaltung ist jedoch die Zustimmung zu einer so einschneidenden Aenderung für jeden Deutschen, besonders für die verantwortlichen Stellen Preußens, nur möglich, wenn das Gesamtbild der Reform einen offensichtlichen Fortschritt für das ganze Reich ohne erhebliche Gefahren bedeutet. Diese Voraussetzung gilt auch für solche Länder, die ihrerseits aus einem Aufgehen der preußischen Zentralregierung in der Reichsregierung Befürchtungen ableiten.

Schon aus diesen Erwägungen ergibt sich die Notwendigkeit, weitgehend an den vorhandenen Zustand und an bekannte Verhältnisse anzuknüpfen, damit das Gesamtbild für alle verantwortlichen Stellen in den Folgerungen übersehbar ist. Experimente und Kompensationen durch Häufung mit anderen Problemen müssen vermieden werden.

Dieser Gedanke könnte es nahelegen, die preußischen Provinzen trotz des Fortfalls einer besonderen Zentralregierung weiter als

„Provinzen“ eines staatsrechtlich einheitlichen „Reichslandes“ zu behandeln. Das würde aber, wie die öffentliche Erörterung ergeben hat, dreifache Nachteile haben. Der erste Nachteil ist, daß sich dieses norddeutsche Land als Ganzes in einem staatsrechtlichen Gegensatz zu den übrigen Ländern befände. Diese scharf gezogene Linie würde sich schwer überbrücken lassen. Schwerer wiegt es, daß dadurch zugleich ein Gegensatz zwischen den norddeutschen Teilgebieten — als Provinzen — und den anderen Ländern — als Staaten — aufgestellt würde, der zu einer übertreibenden Betonung der Unterschiede und zu Streitigkeiten anregen würde. Drittens würde diese Behandlung Preußens und seiner Provinzen die Behandlung der im Gemenge mit Preußen liegenden Länder wesentlich erschweren.

Dies alles läßt es zweckmäßig erscheinen, das norddeutsche Gebiet in der staatsrechtlichen Form und in den Bezeichnungen nicht so verschieden von den anderen Ländern zu behandeln.

Es empfiehlt sich vielmehr, die heutigen Provinzen, vorbehaltlich veränderter territorialer Gliederung, ebenso wie die süddeutschen Länder — wenn auch zum Teil in anderen Verwaltungsformen — als „Länder“ zu behandeln und zu bezeichnen.

Der historische und verwaltungsmäßige engere Zusammenhang dieser Länder muß und kann durch besondere Formen ihrer Verwaltung und Gesetzgebung aufrechterhalten werden.

Die praktischen Vorschläge befragen im wesentlichen folgendes:

Die preußischen Provinzen werden Länder.

Die Ländererfassung der ehemaligen preußischen Provinzen wird den bestehenden preußischen Provinzialverfassungen nachgebildet. (Landeshauptmann, Landtag, Landesauschuß.) Der Landeshauptmann wird auf bestimmte längere Zeit vom Landtag gewählt, von der Reichsregierung bestätigt und dem Dienststrafverfahren unterworfen.

In diesen neuen Ländern geht die bisherige preußische Verwaltung in eine allgemeine Reichsverwaltung über.

Soweit in den Ländern eine unmittelbare Reichsverwaltung ausgeübt wird, sollen

die jenseitigen Reichsbehörden in den Ländern in der Spitze zusammengefaßt

werden.

Das Reich kann die Verwaltung von Angelegenheiten, in denen den Ländern die selbständige Verwaltung mit zusteht, den Länderbehörden übertragen. In Auftragsangelegenheiten kann die Reichsregierung den Länderregierungen Anweisungen geben aus dem Gesichtspunkte der Gefährlichkeit und der Zweckmäßigkeit geben.

Eine geforderte preußische Zentralregierung fällt fort.

Die preußischen Ministerien werden mit den Reichsministerien vereinigt, soweit erforderlich, wird die Zahl der Reichsminister erhöht. Ueber den Weg der zentralen Gesetzgebung für die neugeschaffenen Länder werden zwei mögliche Wege zur Entscheidung gestellt. Ein Vorschlag Voeglich-Hefster, Holz, Peterßen, der die gemeinschaftliche Gesetzgebung für diese Länder dem Reichstag überträgt, und ein Vorschlag Brecht, der die Gesetzgebung einem von den neuen Ländern gewählten gemeinschaftlichen Landtag überträgt.

Der Reichsrat soll beibehalten werden, eine Vermehrung der Abgeordnetenzahl des Reichstags soll mit Rücksicht auf die ihm neu zufallenden Aufgaben ermogt werden.

Die Verfasser lassen die Frage offen, ob für die Länder aller Art eine Organisationsform zwischen den neu zu schaffenden preußischen Ländern und der alten Ländern gelassenen Organisationsform herausgebildet werden kann.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird sich voraussichtlich bereits Ende dieser Woche mit dem Ergebnis der Tagung des Völkerbundsrats, dem Verbot des Gaskrieges und anderen wichtigen Fragen befassen. — Die deutsche Delegation trifft am Dienstag mittags von Genoa kommend in Berlin ein.

Der rumänische Kriegsminister demontiert das Bestehen eines angeblichen geheimen polnisch-rumänischen Militärvertrags, der sich gegen Litauen und Sowjetrußland richten soll. Der in Rom veröffentlichte Text wird als plumpe Justifikation betrachtet.

Politischer Mord in Japan. Der Arbeiterabg. J. Yamamoto ist durch einen politischen Gegner ermordet worden. Der Täter hat sich der Polizei gestellt.

Lichtenberger Mord aufgeklärt.

Der Bruder des Laubensichters als Täter.

Schnelle Aufklärung hat der Mord an der Kolonistenfrau Sophie Krüger in Lichtenberg gefunden. Als

Täter wurde der am 3. September 1905 zu Althorst geborene Paul Krüger, der Bruder des Laubensichters, festgestellt. Die Kriminalbeamten ermittelten ihn am Nachmittag und brachten ihn auf das Polizeipräsidium. Man sagte ihm zunächst aber nichts über die Veranlassung.

Aus freien Stücken erzählte Krüger, daß er morgens um 8 Uhr weggegangen sei, um sich nach Arbeit umzusehen. Auf dem Wege nach der Kronprinzenstraße sei er auf dem glatten Asphalt ausgerutscht und sei mit der Hand in Glascherben geraten. Bei der Mitteilung, daß man seine Schwägerin ermordet aufgefunden habe, spielte er geschickt den völlig Ueber-raschten. Blutstöße an seinen Kleidern und die Schnittverletzungen an der Hand erregten jedoch starken Verdacht. So war durch Zeugenaussagen erwiesen, daß er das Haus nicht schon um 8 Uhr, sondern erst um 9 Uhr verlassen hatte. Weiter waren am Tatort zerbrochene Bierflaschen gefunden worden, die wohl als Waffe hätten dienen können. Als zum Schluß auch an seiner Unterwäsche Blutstöße entdeckt wurden, sah er sich so in die Enge getrieben, daß er ein Geständnis ablegte. Er bestreitet jedoch einen Mord und will in der Notwehr gehandelt haben. Aus einer seiner Meinungen nach geringfügigen Veranlassung, habe die Schwägerin, nachdem ihr Mann schon fort war, einen hysterischen Anfall erlitten und sei mit einem großen Brotmesser auf ihn — Paul Krüger — eingedrungen. In der Abwehr habe er nach einer Bierflasche gegriffen, sie damit niedergeschlagen und sie auch gewürgt, bis sie tot in der Ecke lag. Die Tatortbesichtigung ergibt aber ein anderes Bild. Entweder hat Frau Krüger ihn dabei überrascht, daß er die Bierflasche ihres Mannes betrauben wollte, denn diese lag blutbesetzt auf der Erde, oder Paul Krüger hat der Frau, was auch möglich ist, Gewalt antun wollen. Bis zu diesem Punkt ist die Vernehmung bisher geblieben. Krüger wird bei einem Volattermin seine Angaben wiederholen müssen.

Falsche Sparmaßnahmen.

Der Haushalt des Landesamts Brandenburg.

Bergegenwärtig man sich die Finanzlage der Reichsanstalt, dann ist es durchaus verständlich, daß der Vorstand erhebliche Kürzungen gegenüber den Beschlüssen der Verwaltungsausschüsse bei der Einnahmestellung gemacht hat. Das trifft besonders bei der Feststellung des Personalbestandes zu. Die Kopfzahl des Dauerpersonals für das Landesamts Brandenburg wurde auf 86 fest. Für die 33 Arbeitsämter des Bezirks auf 2050. Vor der Festlegung der notwendigen Kopfzahl durch die Verwaltungsausschüsse wurde an Ort und Stelle eine eingehende Nachprüfung durch das Landesamtsamt vorgenommen.

Die Entscheidung der Verwaltungsausschüsse und die objektive Nachprüfung durch geschulte Verwaltungsfachmänner hielt allerdings beim Vorstand der Reichsanstalt nicht stand. Dieser setzte die Kopfzahl für das Landesamtsamt auf 88, die für die Arbeitsämter gar auf 1862 fest. Wo bleibt nun hier die Selbstverwaltung der mittleren und unteren Organe? Bemerkenswert sei, daß von den 1862 Köpfen allein 1379 auf die 9 Berliner Arbeitsämter entfallen, von den 188 gestrichenen Stellen 172 ebenfalls auf Berlin. Dabei soll der Personalbestand nach den Richtzahlen des Vorstandes noch um 12 weitere Köpfe überschritten sein, mithin rund 200 zuviel betragen.

Zur Überprüfung des von den Landesamtsämtern festgestellten Personalbestandes verfuhrte der Vorstand der Reichsanstalt zunächst einmal den Geschäftsumfang der einzelnen Arbeitsämter zu ermitteln. Als Merkmale dienen Bevölkerungszahl, Flächeninhalt, Arbeitsgesuche, offene Stellen, Vermittlungen, Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, Tief- und Hochstand, Kostensarbeitsamt auf der Arbeitslosenversicherung und Kräfteunterstützung, Krankenkassenmitgliederzahl. Weiter wurden noch die rationalen Arbeitsmethoden unter Berücksichtigung der Größe des Arbeitsamts zugrunde gelegt.

Wie soll nun nach diesen Berechnungen, wonach der Personalbestand nach der Zahl der Vermittlungen und Erledigungen von Unterstützungsanträgen festgesetzt wird, die Arbeit geleistet werden? In Berlin bestehen 24 funktionierende Fachabteilungen, die dem Arbeitsamt Mitte angegliedert sind. Die Fachvermittlung muß eine durchaus individuelle sein. Bei fast allen Fachabteilungen ist der Personalbestand schon sehr ein wenig zu gering. Auch die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter für

den Personenkreis, der nicht durch die Fachabteilungen erfaßt wird (Bandarbeiter, Hausangestellte usw.) steigt immer mehr.

Bei der Abfertigung in der Arbeitslosenversicherung kommt es vielfach vor, daß die Arbeitslosen wieder nach Hause gehen müssen, weil sie nicht mehr abgefertigt werden können. Teilweise wird der Arbeitsanfall auch durch Ueberstunden ausgeglichen, ja sogar Arbeit mit nach Hause genommen! Das sind unhaltbare Verhältnisse. Ueberstunden werden sich zwar nicht immer vermeiden lassen. Gewiß kann das Dauerpersonal nicht so stark besetzt sein, daß es auch in Zeiten großer Arbeitslosigkeit ausreicht. In diesem Falle müssen Zeithilfen eingestellt werden. Das sind aber meist ungeschulte Kräfte, die nur mit Unterstützung der eingearbeiteten ihre Arbeit verrichten können.

Eine weitere wichtige Frage ist die räumliche Unterbringung des Landesamtsamts und der Arbeitsämter. Sämtliche hierfür zurzeit benötigten Räume sind gemietet. Es muß Grundbesitz der Reichsanstalt sein, möglichst viele Ämter in eigenen Gebäuden unterzubringen. Es muß darauf Bedacht genommen werden, angenehme und zweckentsprechende Räume zu schaffen. Hier muß vieles anders werden. Dann aber kann gerade hier an Verwaltungskosten gespart werden. Beträgt doch z. B. die Miete für die neun Berliner Arbeitsämter jährlich über 1 Million Mark. Dabei müssen zurzeit noch Räume benutzt werden, die wegen ihrer Unzulänglichkeit längst hätten abgegeben werden müssen. Die Uebersteuerung durch Steuern ist ganz enorm.

Es bleibt noch eine Frage zu erörtern, bei deren näherer Nachprüfung sich sofort zeigt, wo Ersparnisse gemacht werden können. Die Krankenkassenzersplitterung ist im Bezirk des Landesamtsamts Brandenburg, besonders in der Stadt Berlin, ungeheuer groß. Da nach dem Gesetz jeder Arbeitslose, der unterstützungsberechtigt ist, auch weiter krankensichert bleibt, auf Antrag in seiner bisherigen Klasse versichert bleiben kann, hat das Landesamtsamt und die zu seinem Bezirk gehörenden 33 Arbeitsämter den geschäftlichen Verkehr mit 1122 Krankenkassen zu pflegen. In Berlin allein mit über 200. Dem Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt erwächst hier die dankbare Aufgabe, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß für den Bezirk eines Arbeitsamts grundsätzlich nur eine Krankenkasse in Frage kommt. An der Arbeiterschaft liegt es, diesen Gedanken nach Kräften zu unterstützen. **Karl Siegle.**

zum 1. Oktober 1927, sondern die Musiker sogar bis zum Sommer 1928 warten müssen. Die Lohnsätze der Musiker sind während der Jahre 1925 bis 1927 die gleichen geblieben. Während nun die Beamten der Besoldungsgruppe VIII eine Gehaltserhöhung bis zu 30 Proz. erhielten, mühten sich die Musiker in den Kurkapellen in der Bäderjahren 1928 mit einer Lohnerhöhung von 10 Proz. abzufinden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Vertreter des Deutschen Musiker-Bandes das Angebot der Kurverwaltungen ablehnen mußten, zumal die Zahl der Kurgäste in den letzten Jahren ständig, in der Saison 1928 um 10 bis 20 Proz. zugenommen hat. Die Kurverwaltungen stellen wohl die erhöhten Kurtagelassen ein, wollen ihren Angestellten aber keine Lohnaufbesserungen zukommen lassen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß 70 Proz. aller Mitglieder der Kurkapellen verheiratet sind, folglich doppelten Haushalt führen müssen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Spielzeit der Kurkapellen nur zwei bis höchstens fünf Monate beträgt.

Nun wird es einen Kampf der Musiker in den Bädern geben um die vom Deutschen Musiker-Band verlangten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Verantwortung tragen die Kurverwaltungen.

Kommunistische Aufblähung.

Ist es auch schon rein technisch unmöglich, auf all die allzugenährten Praxieren der „Roten Fahne“ aus den Betrieben einzugehen, wonach die Arbeiterschaft dieser oder jener Firma die im Karl-Liebknecht-Haus fabrizierten Resolutionen „einstimmig“ oder „gegen eine Stimme“ angenommen habe, so ist es doch nicht ganz überflüssig, gelegentlich eine Stichprobe auf die Praxieren zu machen.

Am 6. März brachte das Blatt u. a. eine Notiz, wonach eine Belegschaftsversammlung der Firma K. u. M. Weidner, Gubener Straße 47, gegen eine Stimme eine Protestresolution „gegen die Streichung der vorgeschlagenen oppositionellen Kollegen“ als Generalversammlungsbelegierte durch die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes angenommen habe.

Von etwa 60 Arbeitern waren in dieser Versammlung 15 Mann. Nachdem die Betriebsräte den Jahresbericht gegeben hatten und im Anschluß daran ihre Tätigkeit als allgemein jurisdiktionsbezeugt wurde, wurde unter Verbandsangelegenheiten auch besagte Resolution diskutiert.

Nach längerer Debatte, in der der Opposition ihr schändliches Treiben innerhalb des Holzarbeiterverbandes vor Augen geführt und die neuesten Richtlinien für die Betriebsräte erläutert wurden, verließen von den Anwesenden noch vier oder fünf Kollegen die Versammlung, so daß bei der Abstimmung noch zehn oder zwölf Personen anwesend waren. Dann wurde die „Protestresolution“ allerdings gegen eine Stimme angenommen.

Heimgelichtet.

Die Belegschaft der Wittenauer Heilstätten nahm nach einer Aussprache in einer Versammlung am Mittwoch folgende Entscheidung gegen drei Stimmen an:

„Die am 6. März 1929 tagende Betriebsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Art und Weise, wie in einem Artikel der „Roten Fahne“ mit dem Thema: „Betriebsräte, wie sie nicht sein sollen“ von einem sogenannten Angestellten der Wittenauer Heilstätten in verteidigerischer Absicht die Ansicht erweckt wird, als ob die Kollegen Bollberg und Pearce Wohnungsschieber seien. Die Versammlung spricht den Kollegen Bollberg und Pearce das Vertrauen der Belegschaft der Wittenauer Heilstätten aus, das die beiden Kollegen sich in jahrelanger uneigennütziger Arbeit für die Belegschaft erworben haben, und kennzeichnet den Artikel als ein von politischer Rache diktiertem schlechten Aufsatz zur Betriebsrätemahl.“

Zur Neuregelung des Rahmentarifs der Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung (und der Wasserbauarbeiter der preussischen Verwaltung) finden am 14. März Schlichtungsverhandlungen statt. Die Parteiverhandlungen zur Neuregelung des Rahmentarifs haben sich bereits ein ganzes Jahr hingezogen. Das Reichsverkehrsministerium suchte vor allem in der Arbeitszeitfrage und in der Regelung der Ueberarbeit eine Verschlechterung im Tarif herbeizuführen, wogegen sich der Deutsche Verkehrsband mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzte.

Deutscher Verkehrsband, Fachgruppe der Inger. Donnerstag, 17. Mrz. in den Weidner-Heilstätten, Landbender Str. 31. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Rechnung der Fachgruppenleitung. Mitgliederbuch legitimiert. Die Fachgruppenleitung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Dienstag, 19. Mrz. tagen die Gruppen: Frankfurter Allee: Gruppenheim 8881, Jugendheim Blauer Str. 18, Zimmer 2. Vortrag: „Die Kameradschaft.“ — Reinholden: Jugendheim Gantzerstr. 43. Vortrag: „Ein Abend im Gefängnis.“ — Richtenberg: Jugendheim Döberstr. 22. Lichtbilder Vortrag: „3 Jahre Juppelle.“ — Landbender Platz: Gruppenheim Jugendheim Döberstr. 3. Besemann bringt uns heute „Eckharts Schürzen.“ — Treptow: Gruppenheim Jugendheim Schule Widenbruchstr. 33-34. Vortrag: „Kapitalismus und Imperialismus.“ — Spandau: Gruppenheim Jugendheim Lindenauer L. Vortrag: „Das Schlichtungsgesetz und die Gewerkschaften.“ — Humboldt: Gruppenheim Jugendheim Braun. Als Vortragstexte. Vortrag: „Wie bereite ich mich zu meistentägigen Wanderungen vor?“ — Jugendheim Südteil: Jugendheim Döberstr. 8. Thema: „Jugendpsychologie.“ — Westlich den Weidnerstr. für die Oberlehrer!

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Kottbusch: Jugendheim Döberstr. Str. 18-19. Berufsständliche Arbeitsgemeinschaft: „Was weißt du vom Reichel?“ Leiter: Willi Sadernmann. — Lehmannsbad des Gewerkschafts- und Bewegungsbundes 30 Uhr in der Turnhalle der Schule Boruckter Straße 20. Vorträge mitbringen!

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geeser; Schriftföhrer: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Gruner; Revision: Dr. John Schönlank; Sozialer und Sozialer: Reichsverband; Anzeigen: Ed. Gieser. (Sämtlich in Berlin.) Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner & Co. Berlin SW 68. Pindendrucke 3. Dienst- u. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Bei offenen Füßen

Krampfaderngeschwüren, schwer heilenden Wunden, schmerzhaften Entzündungen usw., unerträglichem Jucken sollten Sie die milde, wohltuende Orinda-Salbe anwenden. Dose 1,70 und 3,- M., in Droge und Apoth. erhältlich, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Zum Problem der Frauenarbeit.

Ausnahmerecht gegen weibliche Beamte?

Gegen die weiblichen Beamten wendet sich ein Zentrumsantrag im Haushaltsausschuß des Reichstags, der die Fortdauer des Artikels 14 der Personalabbauregierung (PAB) über den 31. März, d. J. hinaus fordert. Der Artikel enthält eine Ausnahmevorschrift gegen die weiblichen Beamten, denen nach Artikel 109 und 128 der Reichsverfassung volle Gleichberechtigung mit den männlichen Beamten zubilligt worden ist. Nach Artikel 14 der PAB kann verheirateten Beamtinnen von der Verwaltungsbehörde mit dreimonatiger Frist gekündigt werden, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung nach der Höhe des Familieneinkommens gefährdet erscheint. Sie können eine Abfindungssumme fordern oder im Falle späterer Bedürftigkeit eine Abfindungsrente erhalten.

Mit derselben Begründung kann man auch die Kündigung der verheirateten Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten fordern. Das Problem der Arbeit der verheirateten Frau ist noch nicht gelöst; es wird auch in Gewerkschaftskreisen zurzeit eifrig diskutiert. Jedenfalls geht es nicht an, eine bestimmte Gruppe verheirateter Frauen unter Ausnahmevorschriften zu stellen. Wertwändig berührt es, daß ausgerechnet das Zentrum eine solche Ausnahmevorschrift gegen den weiblichen Beamten fordert, denn daß sie die Familiengründung und Ehefestigkeit nicht fördert, liegt auf der Hand. Der Antrag wird kaum die infolge seines verfassungsändernden Charakters erforderliche Zweidrittelmehrheit finden. Die SPD. wird ihn ablehnen.

Eisenbahner und Reparationen.

Das Schreiben der IZ an die Sachverständigen.

Keine deutsche Arbeiterschaft wartet mit solcher Spannung auf das Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen wie die Eisenbahner; denn die Reichsbahn war bisher bei der Ausbringung der Reparationslasten das Hauptlasttier. Die Reichsbahngesellschaft wurde dadurch zu einem lohn- und sozialpolitischen Zwangsjoch. Die Internationale Transportarbeiterföderation ist deshalb in einem Schreiben an die Pariser Sachverständigenkonferenz als Anwalt der deutschen Eisenbahner aufgetreten. Das Kernstück dieses Schreibens hat folgenden Wortlaut:

„Die Einstellung eines Unternehmens auf reines Gewinnstreben und die gleichzeitige Uebertragung staatsbehördlicher Befugnisse an die Leitung eines solchen Unternehmens bildet ein ungewöhnliches Hindernis, das von der beteiligten Arbeitnehmer zu verbessern. Es widerspricht dem Gefühl sozialer Gerechtigkeit, wenn durch internationale Rechtsakte z. B. die Regelung der Arbeitszeit in das freie Ermessen der Verwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gestellt wird und damit für das Betriebspersonal der Gesellschaft jede Einwirkung zur Verbesserung — sei es durch nationale oder internationale Gesetzgebung (Washingtoner Abkommen), sei es durch Äkte gewerkschaftlicher Arbeit, behindert ist. Das Ergebnis dieser auf internationaler Basis geführten Autonomie der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind Arbeitszeitbedingungen für das Betriebspersonal, die

nicht nur den Bestrebungen der internationalen Arbeiterorganisation und der am Washingtoner Abkommen beteiligten Länder widersprechen, sondern auch nach der Auffassung einer von der deutschen Reichsregierung eingesetzten Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Betriebsunsicherheit der Reichseisenbahnen als starke Faktoren der Betriebsunsicherheit zu werten sind. Auch die wichtige Durchführung von Maßnahmen zur Unfallverhütung und zum Schutz der Arbeitskraft ist bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft der in Deutschland üblichen staatlichen Ueberwachung entzogen. Die Zahl der Erkrankungen und Unfälle beim Personal der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat trotz aller technischen Sicherheitsvorrichtungen und sonstigen Maßnahmen einen für deutsche Verhältnisse unverhältnismäßig hohen Stand erreicht — eine Tatsache, die den Schluß zuläßt, daß das Fehlen staatlicher Ueberwachung der Fahrsicherheit im Besondere und Unfallverhütungswesen Vorstoß leistet. Die großen und beachtlichen Auswirkungen, die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft als der größten Eisenbahngesellschaft der Welt ausgehen, werden zu einem Hindernis für den sozialen Fortschritt in anderen Ländern.“

Die IZ. fordert von den Sachverständigen bei der endgültigen Regelung des Zahlungsverhältnisses, darauf zu achten, daß die Existenz und die Arbeitsbedingungen des deutschen Eisenbahnpersonals nicht besonders belastet werden.

Der Musiker in den Badeorten.

Abbruch der Tarifvertragsverhandlungen.

In der am 25. Februar zwischen dem Allgemeinen Deutschen Bäder-Band und dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbänden einerseits und dem Deutschen Musiker-Band andererseits geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsbädertarifvertrages für die Mitglieder der Kurkapellen hat sich gezeigt, daß die Unternehmer zwar eine längere Arbeitszeit verlangen, aber keine Lohnerhöhung bewilligen wollen. Dabei können die Kurverwaltungen von der ihnen zustehenden 35stündigen Arbeitszeit pro Woche nicht einmal Gebrauch machen, sondern im Durchschnitt nur 31 bis 32 Stunden in Anspruch nehmen.

In der letzten Verhandlung wollte man sich mit 40 bis 42 Stunden je Woche begnügen. Bei der Berechnung der Arbeitszeit der Musiker in den Kurkapellen muß in Betracht gezogen werden, daß die Musiker von 7 bis 23 Uhr zur Verfügung stehen müssen, denn die Kurkapelle muß täglich mindestens dreimal, oft auch viermal konzertieren, und zwar ein Frühkonzert von 1 bis 1½ Stunden und nachmittags und abends mindestens je zwei Stunden. Dazu kommen Proben und Theateraufführungen. Die Musiker müssen täglich dreimal viermal zur Arbeitsstelle hin und von dieser wieder zur Wohnung zurück. Dabei können die Musiker infolge der hohen Zimmermieten in den Bädern gar nicht im Kurort selbst wohnen, sondern müssen ihr Domizil oftmals im nächsten Dorf aufsuchen.

Der zweite schwerwiegende Punkt war die Lohnfrage. Schon im Jahre 1925 war im Reichsbädertarifvertrag vereinbart worden: „Wenn die derzeitigen Lohnsätze der Reichsbeamtenbesoldungsordnung eine Erhöhung erfahren, so sollen die in diesem Tarifvertrage vereinbarten Lohnsätze im gleichen Verhältnis proportional erhöht werden. Maßgebend für die prozentuale Erhöhung ist die Gruppe VIII der Beamtenbesoldung.“

Auf diese Besoldungserhöhung haben nicht nur die Beamten bis

Sie sollten doch



rauchen, sie sind besser!

Moktar, 5 Pf.

Mokri Superb, 6 Pf.

Auslese-Edel Türken, 5 Pf.

Mit wertvollen Gutscheinen

Zwei Parteigenossen ermordet.

Die Bluttat im Norden.

Zu der Bluttat in der Graunstraße, über die wir im „Abend“ berichteten, gehen uns noch folgende Mitteilungen zu: Genosse Robert Paegge, der 38 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern ist, hatte am Freitagabend in der Zehlfeldstraße, die sich im Restaurant von Sch. in der Graunstraße befindet, als Angestellter des Bauwerksbundes und Bezirksobmann des Bauwerksbundes Norden II dienstlich zu tun. Plötzlich erschien seine Frau, in deren Begleitung sich auch die Frau des getöteten Parteigenossen Heinrich befand, ganz aufgeregt und erzählte, daß sie soeben in gemeiner Weise von einem fremden Manne belästigt worden sei.

Knapp drei Minuten später erschien der Fremde, der wohl kaum angenommen hatte, daß sich auch die beiden Männer dort befinden würden, im Lokal. Er wurde aufgefordert, sich zu entschuldigen und als er das frech ablehnte, hinausgeworfen. Der Vorfall schien damit erledigt zu sein, als plötzlich nach etwa 20 Minuten die Tür des Lokals aufgerissen wurde und der Roubdy abermals auftauchte. In der rechten Hand hielt er jetzt einen Gummiknüppel und rief „Kaus!“ Als Paegge und Heinrich darauf das Lokal verließen, wurden sie hinterrücks von mehreren Angreifern niedergestochen.

Der Vorfall spielte sich so schnell ab, daß der Wirt des Lokals und mehrere andere anwesenden Gäste, die hinausliefen, keine Hilfe mehr bringen konnten.

Sie sahen gerade noch, wie mehrere Männer flüchteten und fanden Paegge und Heinrich in ihrem Blute auf dem Bürgersteig. Beide waren furchtbar zugerichtet und hatten zahllose Stiche in Kopf, Brust und Unterleib davongetragen. Trotz aller Bemühungen der Ärzte konnten die Schwerverletzten nicht mehr gerettet werden.

Nach Zeugenaussagen soll der Haupttäter, dem Paegge und Heinrich als Gewerkschafter bekannt waren, in ein benachbartes Verkehrslokal der Rotfrontkämpfer geeilt sein, wo ihm bereitwilligst Unterstützung zuteil wurde und ihm wahrscheinlich auch die Waffen, Seitengewehr, Gummiknüppel sowie Stahlrute übergeben wurden.

Verkehrslokal der Rotfrontkämpfer

Bei dem Ueberfall wurden auch mehrere Personen beobachtet, die sich in nächster Nähe des Tatortes aufhielten und kommunistische Abzeichen trugen.

Es ist an der Zeit, daß die Polizei gegen dieses politische Rowdytum mit aller Schärfe vorgeht. Hoffentlich bringt die weitere Untersuchung völlige Klarheit und auch darüber, wie weit die organisierten Raubvolde der Rotfrontkämpfer hier ihre Hand im Spiel haben. Wieder sind zwei treue und fähige Vorkämpfer der Arbeiterbewegung die Opfer einer scheußlichen Bluttat. Jeder menschlich Empfindende muß begreifen, daß es so nicht weitergeht!

Verhandlungen mit sämtlichen zuständigen Stellen und einer eingehenden Besprechung mit seinem Klienten die Zeit der Ausweisungshaft benutzen, um im Beschwerdewege beim Oberpräsidenten oder beim Minister des Innern gegen die seines Erachtens ungerechtfertigte Ausweisung Stellung zu nehmen.

Selbstanzeige aus Reue.

Falsch geschworen.

Von Gewissensbissen gequält erklarte die Hausangestellte K. gegen sich Anzeige, daß sie in einem Ehescheidungsprozeß, den der Eisenbahnbetriebsassistent H. gegen seine Frau angezettelt hatte, falsch geschworen habe. H. wollte aus dem Scheidungsprozeß unschuldig hervorgehen, um der Unterhaltspflicht für seine Frau nicht genügen zu müssen. Er bestimmte daher seine Freundin K., ihre Beziehungen zu ihm vor Gericht abzubrechen. Sie sträubte sich lange dagegen, sagte aber dann doch in zwei Terminen nach seinem Wunsch aus. Vor dem Kammergericht widerrief sie ihre Aussage und bezichtigte sich des Meineides. Wegen dieser Straftat wurde sie vom Schwurgericht III unter Zustimmung einer dreijährigen Bewährungsfrist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Zeuge H., gegen den ein Verfahren wegen Anstiftung zum Meineid schwebt, behauptete in der Verhandlung, daß die Angeklagte nur aus Rache gehandelt hat, um ihn bezichtigen und einer Zuchthausstrafe aussetzen zu können. Frau K. bestritt seine Darstellung und erklärte, von dem Augenblick des Meineides an keine ruhige Minute mehr gehabt zu haben, so daß sie sich selbst dem Gericht stellen mußte. Das Gericht glaubte ihren Ausführungen und verurteilte sie in zwei Fällen zu der Mindeststrafe, weil sie zweifellos unter dem Einfluß ihres Freundes gehandelt hatte.

Immer noch Kohlenmangel.

Auch das Tauwetter erschwert die Produktion.

Trotz der etwas wärmeren Temperatur verflummen in Berlin nicht die Klagen über die ungenügende Versorgung der Kleinhandler mit Briketts. Zahllosen Verbrauchern ist es in der vergangenen Woche ebenso wie in der stärksten Frostperiode nicht möglich gewesen, Kohlen zu bekommen, da die Vorräte bei den Kleinhandlern restlos ausverkauft und neue Zufahren nicht in genügendem Maße erfolgt waren.

Der Berliner Kohlenhandel hatte sich bei der Reichsbahn dafür eingesetzt, daß am gestrigen Sonntag auf den Ladestraßen nicht verfrachtet wurde, und die Organisation der Berliner Kohlenhändler versucht dieses recht eigenartige Verhalten mit der Begründung zu rechtfertigen, daß die Sonntagsarbeit doch nicht die Situation wesentlich geändert und die Kosten dafür in keinem Verhältnis zu dem Nutzen gestanden hätten. Im übrigen wird die Schuld für den noch immer fühlbaren Kohlenmangel von einer Stelle immer wieder auf die andere geschoben. Während die Berliner Kohlenhändler und der Kohlentgroßhandel erklären, daß Berlin einen täglichen Bedarf von 1000 bis 1200 Wagen hat, glaubt das Braunkohlensyndikat, daß 800-900 Wagen Briketts genügen, die Berliner Kohlenversorgung sicherzustellen. Als Erklärung für den immer noch bestehenden Kohlenmangel, der alle Stellen nicht wegleugnen können, wird vom Kohlensyndikat angegeben, daß auch durch das Tauwetter gewisse Produktionswierigkeiten bedingt seien. Die Briketts müßten infolge der Kälte viel länger dem Trockenprozeß unterzogen werden als dies sonst erforderlich sei. Die nach Berlin kommenden Kohlentransporte würden deshalb so schnell aufgebraucht, weil die Kohlenhändler selbst keine Reserven mehr hätten und auch von den Verbrauchern aus Angst vor einer neuen Kälteperiode größere Quantitäten als sonst angefordert würden. Das Braunkohlensyndikat sei nicht in der Lage, eine Produktionsvermehrung vorzunehmen mit Rücksicht darauf, daß etwa in 30 Jahren oder zu einem anderen nicht vorauszuweisenden Zeitpunkt wieder einmal eine derart anomale Kälteperiode auftreten werde. Man sei im Rahmen des jetzigen

Banderolenbetrug beim Hauptzollamt.

12 Personen unter Anklage.

Vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Marggraf begann der Prozeß gegen den Kaufmann Benno Band und Genossen. Es handelt sich um den großen Betrag, der bei dem Hauptzollamt Norden verübt worden ist und durch den mit einem gefälschten Bestellbuch und gefälschten Bestellzetteln auf den Namen der Berliner Zigarettenfabrik „Problem“ Zigarettenbänderolen im Werte von 40 000 M. erschwindelt worden sind.

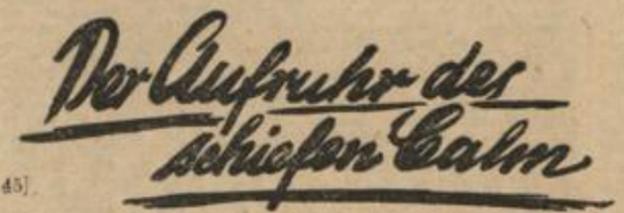
Nach der Anklage ist der Schwindel von Benno Band und dem Kaufmann Erich Rüttner ausgegangen, die gemeinsam mit dem Arbeiter Ballentin Broznial und dem Chauffeur Knaf die Tat ausgeführt haben. Der Oberzollsekretär Eugen Obst wird beschuldigt, mit Band und Rüttner unter einer Decke gesteckt zu haben, und er wird durch die von den Mitbeschuldigten in der Voruntersuchung abgegebenen Geständnisse schwer belastet. Die Ausgabe der Bänderolen unterlag einem anderen Zollbeamten, der von Band, bevor das falsche Bestellbuch durch den beauftragten Broznial vorgelegt wurde, durch einen fingierten Anruf vom Amt weggeleitet und zum Landesfinanzamt bestellt wurde. Seine Vertretung hatte Obst. Das offene Fenster in dem Dienstzimmer von Obst soll das Signal gewesen sein, daß die Luft rein sei. Band hatte nach seiner Festnahme den weggeleiteten Zollbeamten und einen zweiten Beamten, der unter Obst arbeitete, verdächtigt, daß sie den Betrug verübt hätten. Es ist daher gegen Band eine zweite Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung von Beamten erhoben worden, die in diesem Strafverfahren mit zur Aburteilung gelangt. Die erschwindelten Bänderolen machten dann eine Wanderung durch viele Hände hindurch. Einer der Hauptabnehmer soll der Kaufmann Findeisen gewesen sein, der Band ursprünglich als den geistigen Urheber des ganzen Schwindels bezeichnet hatte. Im ganzen sind 12 Personen in diesem Strafverfahren unter Anklage gestellt.

Benno Band ist weiterhin noch in die große Bänderolenfälschungssache als einer der Hauptbeteiligten verwickelt, die vor zwei Jahren großes Aufsehen erregte. In dieses Strafverfahren sind zahlreiche Inhaber Berliner Zigarettenfabriken, meist Ausländer, verwickelt.

Zunächst kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Der Schwester des Angeklagten Rüttner, die behauptet hatte, wichtige Briefe von Band an ihren Bruder in Händen zu haben, wurden diese Briefe abgenommen, die sich aber als — Kassiber erisuppierten, die Band an Rüttner geschrieben hatte. Dann trat man in die Verhandlung ein. Trotz der Geständnisse der anderen Angeklagten leugnete Benno Band jede Beteiligung an dem Coup beim Zollamt Norden. Rüttner dagegen gestand seine Teilnahme zu, bestritt jedoch, eine Urkundenfälschung begangen zu haben. Das gefälschte Bestellbuch und die gefälschten Zettel, auch den Namen der Zigarettenfabrik „Phänomen“, stammen von einem Griechen, der sie nicht verwendet und ihm bei seiner Abreise aus Deutschland überlassen habe. Er habe sich diese falschen Papiere für die Zeit der Rot aufbewahrt gehabt. Die Vernehmung der Angeklagten wird am Mittwoch früh fortgesetzt werden.

Ausweisung Orloffs beschlossen.

Auf den Antrag des Rechtsanwalts Dr. Walter Joffe hat die Abteilung IA des Polizeipräsidenten nochmals die Angelegenheit der Dokumentenfälscher vom politischen Standpunkt aus geprüft und durch den Chef des Fremdenamts Regierungsrat Gehre dahin entschieden, daß Orloff bis zum Abschluß der etwa noch eine Woche in Anspruch nehmenden Ermittlung in Ausweisungshaft bleiben muß. Seine Ausweisung ist einstweilen jedoch beschlossen. Orloff soll sich bemühen, sich ein Bismarck für einen anderen Staat zu beschaffen. Im anderen Falle werde man ihn nach Abschluß der Ermittlungen an die Grenze Breuhens bringen. In der gleichen Zeit soll geprüft werden, ob der Verdacht einer strafbaren Handlung begründet erscheint. In diesem Falle müßte dann die Ueberweisung an die Staatsanwaltschaft erfolgen, und dann habe der Strafrichter über das weitere Schicksal Orloffs zu entscheiden. Der Verteidiger Orloffs will nunmehr noch neuen



Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Moslat

Als ihn der Kranke zurückweichen sah, setzte er ihm plötzlich mit einem Sprung nach, packte ihn am Hals. „Sie haben ihn natürlich nicht, wie? Kennen ihn gar nicht, wie? Nie gesehen, was? Wer hat ihn denn dann, hä? Der Professor? Trosegl? Meine Frau? Hä?“ „Ich — weiß es nicht!“ stammelte Hulsch. „So, du weißt es nicht! Also meine Frau, nicht wahr?“ Der Herzog ließ den Kammerdiener los, stand mit hängenden Armen, sagte leise wiederholend: „Also meine Frau.“ Er ging schwankehend an dem fassungslosen Hulsch vorbei, über Stufen und Korridore bis zu Friederikens Zimmern, rief die Tür auf, schritt stumm und schnell an der leichenblaffen Kammerfrau vorbei ins zweite, ins dritte. Die Tür zum letzten war eingeklinkt. Er stieß sie mit dem Fuß auf. Drinnen, sichtlich eben jäh voneinander gelöst, standen Friederike und Trosegl, starrten ihn versteinert an. „Ah, da ist ja auch gleich Herr von Trosegl,“ sagte Alexander Carl ruhig, lebenswürdig, ohne Bewundern. „Da kann ich Sie ja auch gleich fragen.“ Er trat zu Trosegl und beschrieb seine Frage mit unterstützenden Gesten: „Sagen Sie, haben Sie nicht einen Käfer gesehen? Einen schmalen, goldenen Käfer mit langen Fühlern, so lang etwa?“ „Was für einen Käfer?“ stammelte Trosegl erschreckt. „Nun, meinen Käfer, den mit der Professor weggenommen hat. Er kann doch nicht fort sein, er kann doch nicht fliegen, er kann doch bloß kriechen.“ Er wandte sich zu Friederike: „Oder du? Hast du ihn gesehen?“ Die Herzogin vermochte nur stumm, mühsam, kaum sichtbar, den Kopf zu schütteln. Alexander Carl sank auf einen Stuhl, starrte in eine Ecke. „Also er ist fort. Fort.“ Er dachte lange nach. „Also muß ich sterben.“ „Hohheit —“

„Also muß ich sterben.“ Friederike trat auf ihn zu. „Willst du dich nicht wieder hinlegen...?“ Der Herzog hob den Kopf und sah sie unter niederen Brauen dunkel an. „Du?“ sagte er langgezogen, fragend. Und dann, jäh aufschnellend vom Stuhl: „Du hast ihn mir gestohlen! Du — mit dem da zusammen!“ Er wies mit dem Zeigefinger auf Trosegl. Seine Worte überstürzten sich. „Glaubt Ihr, ich hab's nicht schon lange gemerkt, was Ihr vorhattet? Zuerst habt Ihr ihn gereizt, habt mir keine Ruhe gelassen, damit er mir Schmerzen machte — er wäre ganz ruhig gewesen, ohne Euch!“ „Hohheit,“ sagte Trosegl, der sich gefunden hatte, scharf, „bedenken Sie, was sollen die Leute, das Land —“ „Das Land, die Leute, mich, ja, alle habt ihr schikaniert, gequält, Ihr beiden! Alle wolltet Ihr tot haben, allein wolltet Ihr sein mit der Macht — Ihr, Ihr! Was haben sie euch getan, das Land, die Leute, ich? Ruhe wollten wir haben, Frieden, das war doch alles... Mich habt Ihr nun so weit. Ich muß sterben.“ Er fiel wieder auf den Stuhl und sah an seinem krankhaften Leib herunter, weinend: „Was habt Ihr aus mir gemacht!“ Trosegl gab der blaß in der Tür zitternden Kammerfrau einen Wink, Leute zu holen. Aber der Herzog hatte es bemerkt. „Wollen Sie mich verhaften lassen, Trosegl? Mich auch?“ Er stand langsam auf. „Es genügt doch! Ihr habt ihn doch, da habt Ihr ihn mir doch herausgenommen — da!“ schrie er jäh, rief mit den Nägeln beider Hände an der Stirn, sie begann zu bluten. „Alles um euret willen, um eurer Gemeinheiten, um euren Ehrgeiz, um eure Hurerei!“ Schaum trat ihm vor den Mund. „Ihr Quälgeister, Ihr Teufel, Ihr Schweine...“ Friederike wollte an ihm vorbei aus dem Zimmer. Er schlug sie mit dem Handrücken mitten ins Gesicht, daß sie aufwimmerte. Trosegl, der sich auf ihn stürzte, schleuderte er mit der Kraft eines Tobsüchtigen durch die Tür ins andere Zimmer. Die Herzogin, die ihm nach wollte, packte er an der Hand und ging mit ihr im Raum umher. „So, jetzt wirst du mir sagen, wo er ist. Wo ist er, he?“ Er preßte ihre Finger, daß sie schrie. Blötzlich blieb er stehen und lauschte zum Fenster hin. Draußen, im Sonnenschein, surrte eine Biene oder eine Hummel.

Sein Gesicht wurde kindlich hell. Er sah Hulsch und die anderen Diener nicht, die sich von Trosegl getrieben, ihm jetzt scheu näherten. „Da ist er, da ist er!“ Er zog sie zum Fenster. Sie riß an seiner Hand, er ließ sie ohne Widerstreben los, bat nur: „Hilf mir doch!“ Fröhlich lachend sprang er auf die niedere Fensterbank, hauchte mit den Armen in der Luft — Die Diener jagten hinzu. Er war zu spät. Sein Fuß glitt ab, mit einem leisen Schrei stürzte er hinunter. — Man fand ihn auf dem Grasboden des Altars. Neuhere Verletzungen waren nicht wahrzunehmen. Er war bei Bewußtsein, aber er schwieg. Man trug ihn in sein Bett zurück. Der Hofarzt kam. Ein Reiter jagte dem Professor aus Halle nach. Eine halbe Stunde später erschien der Hofarzt in Trosegl's Zimmer und erstattete ihm Bericht. Trosegl hatte die Diener ausdrücklich zum strengsten Schweigen verpflichtet, dann auf seinen Schreibtisch gestarrt und seinen zerstörten Plänen nachgedenken. Jetzt blickte er auf, bis zur Dual gespannt. „Seine Durchlaucht sind außergewöhnlich glücklich gefallen. Das üppige Gras scheint ebenfalls das seine getan zu haben. Wie durch ein Wunder hat er weder äußere noch innere Verletzungen erlitten. Seine Durchlaucht befinden sich wohl.“ Eine Zentnerlast fiel von Trosegl. „Gott sei Dank! — Erstaten Sie gleich Ihrer Durchlaucht Bericht!“ „Seine Durchlaucht sind bei vollem Bewußtsein und ohne jede Bahndoorstellung. Es wäre sogar möglich, daß der Sturz in dieser Beziehung heilsam gewirkt hat,“ fügte der Arzt hinzu. „Auszeichnen!“ sagte Trosegl gleichgültig. Wie der Herzog lebte, interessierte ihn nicht. Wenn er nur lebte! „Seine Durchlaucht wünschen den Kammerhern von Kügelgen zu sprechen. Es wäre gut, Seiner Durchlaucht jeden Wunsch nach Möglichkeit zu erfüllen.“ „Beranlassen Sie bitte, daß Herr von Kügelgen geholt wird,“ verabschiedete Trosegl den Arzt und machte sich an die Abfertigung des Schreibens an die Dessauer. Friederike nickte dem Arzt nur einen stummen, unechten Dank mit schmalgetrissenen, in den Mundwinkeln zitternden Lippen. Sie blieb in ihren Zimmern. — Als nach einer halben Stunde Kügelgen kam, stand des Herzogs Bett vor dem Fenster. Alexander Carl hatte es sich dahin stellen lassen, um ins Saaketal blicken zu können. (Fortsetzung folgt.)

Produktionsprogramms mit allen Kräfte bemüht, dem Einfor-

Auf Ostpreußen nach Österreich.

Der Ortsverein „Tierrgarten“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird vom 18. Mai bis 2. Juni eine Fahrt mit Schnell-Lastautos nach Österreich und Süddeutschland veranstalten.

Kirchenaustritt. Um allen Personen, die infolge ihres Berufes nicht Zeit haben, am Tage auf das Amtsgericht zu gehen, Gelegenheit zu geben, ihren Kirchenaustritt zu vollziehen, veranstaltet die freireligiöse Gemeinde Berlin, Wappellallee 15, am Mittwoch, dem 13. März, abends von 6 bis 7 1/2 Uhr, einen Kirchenaustrittsabend.

Falschlich gefolgert. Der „Wend“ brachte gestern die Mitteilung, daß das Großfeuer im Sägewerk der Firma Gebrüder Dörmis, Alt-Stralau, worüber seinerzeit ausführlich berichtet wurde, noch ein zweites Todesopfer gefordert habe.

Unabhängige Arbeiter werden nach einer Bekanntmachung im Anzeiger auf der Vermehrung des Reichsbanners und zur Unterstützung der Streikbewegung am Sonntag, dem 12. März, abends von 6 bis 7 1/2 Uhr, einen Kirchenaustrittsabend veranstalten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

1. Kreis Ostpreußen Berg. Donnerstag, 14. März, 1914, in den Räumlichkeiten des Reichsbanners, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends.

Heute, Dienstag, 12. März.

- 18. März, 10 Uhr, im Reichsbanner, Wappellallee 15, Vortrag: „Die politische Lage der Jugend und ihre Erziehung zur Gemeinschaft.“ Referent: Heinrich Schulz.

Mitgliederversammlungen und Jahrlabende.

- Morgen, Mittwoch, 13. März. 1. März, 1914, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends. 2. März, 1914, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends.

4. Abt. Öffentliche Versammlung 4. Abt. am Mittwoch, 13. März, 1914, Uhr, in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15.

Thema: Berliner Kommunalpolitik und die SPD. Referent: Stadtrat Ernst Reuter.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, den 16. März, 1914, Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Vortrag des Genossen Prof. Leo Kestenberg

„Das künstlerische Element im Sozialismus“

Karten zum Preise von 50 Pfennig sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 2, Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 1, Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köpenicker Park 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark; Zigarngeschäft Horsch, Engelauer 24/25; AIA-Ortskartell, Engelauer 24/25; Gewerkschaftshaus; Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Dreilindstr. 5; Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7; Verlagsgesellschaft des A.D.O.B., Abt. Sortiment, Inselstr. 6a; Berliner Volkschor, J. Hofmann, Kurfürstenstr. 140; Hauptgeschäftsstelle der Volksbühne e. V., Lindenstr. 227.

- 20. März, 1914, Uhr, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends. 21. März, 1914, Uhr, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends.

Funkwinkel

Man fürchtete die Langeweile des Sonntagabend — aber vor dem, was geboten wurde, verblühte jede Phantasie. Wenn es gegolten hätte, eine Spitzenleistung im Ununter-

Am Montagmorgen las die Riki Baum Novellen. Etwas so freies, Scharfes hat man selten in der Romanzeitschrift gesehen, wie diese beiden kleinen Schilderungen „Der Herr im anderen Auto“ und „Die Wolchfrau“.

- 19. März, 1914, Uhr, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends. 20. März, 1914, Uhr, im Reichsbanner, Wappellallee 15, 7 bis 8 Uhr abends.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
 Den Angehörigen zur Nachricht, daß unter Kollege, der Kollege
Bernhard Wasserzier
 geb. 3. Februar 1878, am 7. März gestorben ist.
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 13. März, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.
 Ferner verstarb am 8. März an Krebs unter Kollege, der Kollege
Friedrich Westmeyer
 geb. 1. Januar 1878.
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 13. März, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.
 Ihre ihrem Widwenen!
 Rege Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Am 9. März 1929, früh 5 1/2 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber guter Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, der Herr
August Sammler
 im Alter von 84 Jahren.
 Dies ergibt tiefbetäubt um stille Teilnahme bittend an
Anna Sammler als Frau
 Wittensstraße 15.
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 13. März, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Nachricht! Betriebsstätte
 Die Betriebsstätte-Selbsthilfe Nr. 3 ist reibend und kann gegen Beteiligung der Organisationsstelle des Betriebsrats-Obmannes in unserem Bureau, Zimmer 5, täglich bis 4 Uhr, Freitag bis 7 Uhr, entgegengenommen werden.
 Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cinenstraße 83/85
Branchenversammlung
 der Schraubautomaten- u. Handbankfeinrichter, Schraubendreher (Drehbetriebe) sowie aller in der Schraubindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Disposition. 3. Branchenangelegenheiten. Um rege Beteiligung wird erlucht.
 Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr im Hotel von Paffler, Michaelstraße 29
Versammlung
 aller Lehrlinge, jugendl. Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben des 8. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
 Tagesordnung: 1. Vortrag: „Das Betriebsausbildungsgesetz“. 2. Aussprache über Betriebsfragen.
 Jugendkollegen! In dieser Versammlung darf kein Kollege fehlen! Mitreißer in der Werkstatt und in der Schule für einen guten Beruf und bringt die Jugendkollegen mit, die unserer Organisation noch nicht angehören.
 Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.
 Dienstag, d. 12. 3. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 60 20 Uhr
Madame Butterfly
 Staats-Oper Am P.L. Republik R.-S. 60 19 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
 Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr
Kalkutta, 4. Mai
 Dienstag, d. 12. 3. Stadt. Oper Bismarckstr. A.-V. 60 19 1/2 Uhr
Fidelio
 Staatl. Schausp. an Gendarmenpl. R.-S. 60 A.-V. 61 20 Uhr
Karl u. Anna
 Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr
Kalkutta, 4. Mai
 Renaissance-Theater Rundenbergstr. 8. Tel.: Staltp. 901 u. 2582/84 8 1/2 Uhr. Zum 83. Male. 8 1/2 Uhr
„Das große ABC“
 von Marcel Pagnol
 Reg.: Gust. Kartung. 1a Premierabstzng.
Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Schlinge gefucht. Offizien, Drehtmaschinen und Gieße, Schweißarbeiten etc.
Erstklassige Langhobler
 sowie
Lehrlinge
 für den Werkzeugmaschinenbau, ferner Lehrkräfte für die Hobel- (3)zhr. Lehrzeit, letztere im Alter von 17 Jahren, sofort gesucht.
Schütte & Deichen
 Berlin-Baumschulweg Köpenicker Landstr. 161

SCALA
 8 Uhr 8 1/2, Barbara 9256
 Jeanne Selim / Dr. Ralph Benatzky
 Bertoldo u. Estrella / Jack Standard
 und die übrigen Attraktionen!!
 Morgen, Mittwoch, 13. März 3 1/2 nachmittags
Sonder-Vorstellung
 für Jung und Alt
 in besonders ermäßigten Preisen von 0.50 bis 3.- Mark
 das volle Abend-Programm
 in der Pause:
 Kaffee mit Kuchen für 50 Pf.

PLAZA
 Am Köstritzer Platz
 Alex. 8066 05
Tägl. 2 Vorstellungen
 5 Uhr 50 Pf bis 1.- M.
 8 1/2 . 1.- M. . 2.- M.
INTERNATIONALES VARIETE
 Karten 5 Tage im voraus

CASINO-THEATER
 Lotzinger Straße 37.
 Nur noch bis 13. März
Kilometerliebchen
 Am 14. März 1929 zum 1. Male
„Eine ungeliebte Frau“
 Für unsere Leser-Gutschein für 1-4 Pers.
 Pauperei nur 1.15 M., Sessel 1.65 M., sonstige Preise - Parkett u. Ran. 1.80 M.
Komische Oper (8 1/2)
 Die große Revue
Paradies der süßen Frauen!
 100 Mitwirkende.

Theater a. Kottbuser Tor
 Kottbuser Str. 8. Tel. Wpl. 18077
 Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
 Nachs. 3 Uhr (ermäßigte Preise)
Elite-Sänger
 u. a. „Die Schönheitskönigin“
 verbunden mit Modenschau.
 Allgem. Preisermäßigung auf allen Plätzen
Volksbühne
 Theater am Schillnerdamm
 8 Uhr
Die Krankheit der Jugend
 Thalia-Theater
 8 Uhr
Oelrausch
 Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Kalkutta, 4. Mai
 Staatsoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
 Theater am Schillnerdamm. Norden 114 u. 251. Täglich 8 1/2 Uhr
Krankheit der Jugend
 von Ferd. Brückner
 insz. Gust. Hartung.
 Elisabeth Lenzart.
 Thorenburg.
 Kahnerl. Dammet.
 Andersen, Rappard
 u. Duschinsky.
Deutsches Theater
 Norden 12.310
 8 U., Ende geg. 10 1/2
Die lustigen Weiber von Windsor
 von Shakespeare
 Regie: Heinz Hilper.
Kammerspiele
 Norden 12.310
 8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
Zum letzten Male
„Soeben erschienen“
 Komödie von Edouard Bourdek
 Regie: Forster Larinaga.
 Mittwoch, d. 13. März 7 1/2 Uhr.
 Zum 1. Male.
Die Ursache
 Schauspiel
 v. Leonhard Frank
Lustspielhaus
 1 1/2 Uhr
wiederaufzutreten
Guido Tielscher
Weekend im Paradies

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Aktiva		Bilanz per 31. Dezember 1928.		Passiva	
Kasse, Sorten und Zinnscheine	RM 383.362,65	Aktienkapital	RM 12.000.000,00		
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1.283.857,02	(davon RM 8.000.000,00 — dividendenberechtigt ab 1. I. 1929)			
Wechsel, Schecks und unverzinsliche Schatzanweisungen	1.832.874,58	Reserven	700.000,00		
Notroguthaben bei Banken und Bankfirmen	49.926.083,34	Spezialreserven	640.000,00		
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	368.807,65	Güldhaber			
Eigene Wertpapiere		a) innerhalb 7 Tagen fällig	32.975.149,85		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder	2.387.383,91	b) darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	26.340.820,98		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	3.252.854,35	c) nach mehr als 3 Monaten fällig	28.037.203,31	117.352.874,07	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	3.830.547,65	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	4.094.264,81		
d) sonstige Wertpapiere	215.248,95	Gewinn	1.060.508,47		
Konsortialbeteiligungen					
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	9.686.036,86				
Schuldner in laufender Rechnung	2.201.337,70				
davon gedeckt	4.102.446,70				
Einrichtung	61.918.814,81				
Aval- und Bürgschaftschuldner	4.094.264,81				
	131.513.382,14				131.513.382,14

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1928.

Soll		Haben	
Handlungskosten	RM 1.359.298,39	Gewinn-Vortrag	RM 53.878,36
Steuern	401.249,95	Zinsen-Devisen-Sorten	1.711.319,85
Reingewinn	1.060.508,47	Provisionen	731.211,73
	2.821.156,81	Sonstige Erträge	324.789,87
			2.821.156,81

Berlin, den 28. Februar 1929.
Der Vorstand.
 Dr. H. Bachem. Dr. F. Davidson.
 Vorstehende Bilanz per 31. Dezember 1928 nebst Gewinn- und Verlustrechnung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14, haben wir nachgeprüft und in Übereinstimmung mit den ordnungsgemäß geführten Büchern und Unterlagen der Gesellschaft befunden.
 Berlin, den 28. Februar 1929.

Gesellschaft für Vermögenswahrung und -verwaltung (Treuhand und Revision) m. b. H.
 Heidelberg. p. po. Balke.

Theater des Westens
 Samstag 8 1/2 Uhr
Der größte Erfolg Berlins
Friederike
 Stoff von Oskar von Greiffenbach
 v. Zschimmann
 Eduard Lichtenstein
 Wilmh. S. Limburg
 Peter, Schier
 Spemann, H. G.
 Kaffe ununterbr.
 Eintritt 931 u. 7150

Trianon-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der Herzog und die Sünderin
 mit Erika Blücher
 und Maria Kettner
 Rundfunkübertragung
 nahe Preise
 Otsch. Künstler-Th.
 8 1/2 Uhr
Der Zinker
 v. Edgar Wallace
 auch als Mathis
 Preise 1-10 Mark

Herde
 durch bis zu 18 MONATS RATEN

Raddatz & Co.
 Berlin-Lützowstr. 122-123
Berliner Ulk-Trio
 Naukölln. Lahnstr. 74/75 1

Winter Garten
 8 Uhr Rauchen erlaubt
Internat. Varieté.

Reichshallen-Theater
Steifner Sänger
 Das neue März-Programm!
 „Moderne Böhen-Größen.“
 Größte Mezzo u. Erlin.
 Anfang 8 Uhr, Sg. Nachm.
 3 Uhr (halbe Preise.)
 Billetpostellungen
 Telefon: Centrum 11263.
 „Donner-Brett“
 Familien-Varieté / 10 Nummern.

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr
Der Obersteiger
Philharmonie
 8 Uhr
Beeth.-Brahms-Ab.
 des Philharm.-Orch.
 Dirig. Prof. J. Prüwer
 und gef. Mitw. von
 Rudolph Schmidt.
 Klav.-Konz. Es-dur
 Beeth. (Schmid).
 4. Sinf.-Brahms

Thalia-Theater
 Jresdener Str. 72-74
 8 Uhr
„Oelrausch“
Kleines Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Kurt Goetz,
 Valerie v. Martens
 Paul Otto
 in
„Trio“
 Lustsp. v. Leo Lenz.
 Regie: Friedmann-Friedrich.

Lessing-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Maria Orska in
„Das Veilchen“
 Die Medaillen einer alten Frau

Gr. Schauspielhaus 5 | Metropoltheater 5
 Künstlerische Leitung:
ERIK CHARELL
Der liebe Augustin **Lustige Witwe**
Alfred Braun
 Mady Christians
 Trude Lieske
 Siegr. Arno
 Paul Morgan
 Paul Westermeyer
Fritzi Massary
 Max Hansen
 Uchi Elloof
 W. Jankows
 H. Junkermann
 W. Schaeffers
 Marquitta Sisters
 Trisoo
 Ausstattung: Professor Ernst Stern
 Sonntag 3 Uhr ungek. Vorstellung Kleine Preise
 Westfälische Leitung: Ernst Henke

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
 Regelmäßige direkte Abfahrten nach
CANADA
 Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
 Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon), Fernspr. A 4 Zentrum 12 230 u. 12 251. Filiale Körferdamm 17. Fernspr. T 1 Bismarck 2284.
 F. Montanus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter und Steintor Bahnhof), Fernspr. D 1 Norden 12 24 u. 7916.
 Potsdam: E. Rössler, Brandenburger Str. 32.

Männer! Neue Kraft!
 Man kennt heute nur noch
„Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Labrun).
 Das einzig dastehende hochwertige Sexual-Kraftigungsmittel (sexuelle Neuraethie). Notariell beglaubigte Anerkennungen von zahlreichen Ärzten und tausende dankbare Verzehrer beweisen die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifel!
 Wir versenden daher nochmals, diskret verschickt, ohne feste Abbestellungsverträge
30.000 Probestückchen umsonst
 ohne jede Verpflichtung gegen 30 Pf. Doppel-Brief-Porto; wir legen hochinteressante Broschüre bei. General-Depot und Alleinvertrieb für Deutschland: Radlauer's Kronen Apotheke, Berlin W. 61 Friedrichstraße 100.
 Okasa (Silber) für den Mann Originalpackung 9,50 M.) Zu haben in
 Okasa (Gold) für die Frau Originalpackung 10,50 M.) allen Apotheken!
 Beachten Sie genau: **Notieren Sie schnell!**

Arbeiter, Angestellte und Beamte
 sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftsversammlung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft
 Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Berlin, Ritterstraße 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Gewinnauszug
5. Klasse 32. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten
 Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II
27. Ziehungslog 11. März 1929
 An der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen
 2 Gewinne zu 10000 M. 48837
 4 Gewinne zu 5000 M. 148010 322661
 10 Gewinne zu 3000 M. 20251 52616 74785 176663 299781
 22 Gewinne zu 2000 M. 41855 70650 81819 96928 98075 158008
 215686 339422 389178 389888 394005
 30 Gewinne zu 1000 M. 589 9053 95366 72180 94020 115211 116178
 130610 152254 161463 201888 202466 235628 349747 363516
 108 Gewinne zu 500 M. 1929 13686 21235 40422 48109 48141 48189
 51419 55002 66772 67227 73446 85483 94639 104849 111563 120581
 121045 121447 138236 146224 149621 162169 167095 194107 221501
 224413 244500 248232 248309 248350 248873 248834 253908 273745
 290011 292598 295690 299902 311312 313520 320007 320924 363358
 368068 371807 377530 381389 388814 393268 396505 397105 397314
 246 Gewinne zu 300 M. 236 2376 3624 3670 7294 11165 13111 14898
 15333 18774 20556 21580 22208 23638 24986 25712 27107 33381
 34061 36438 39470 82318 83719 84889 72143 81712 84433 86248
 868068 871807 877530 881389 888814 893268 896505 897105 897314
 246 Gewinne zu 200 M. 236 2376 3624 3670 7294 11165 13111 14898
 15333 18774 20556 21580 22208 23638 24986 25712 27107 33381
 34061 36438 39470 82318 83719 84889 72143 81712 84433 86248
 868068 871807 877530 881389 888814 893268 896505 897105 897314
 246 Gewinne zu 100 M. 236 2376 3624 3670 7294 11165 13111 14898
 15333 18774 20556 21580 22208 23638 24986 25712 27107 33381
 34061 36438 39470 82318 83719 84889 72143 81712 84433 86248
 868068 871807 877530 881389 888814 893268 896505 897105 897314
 An der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen
 4 Gewinne zu 3000 M. 63500 164782
 8 Gewinne zu 2000 M. 111976 120845 333633 380338
 34 Gewinne zu 1000 M. 21026 43964 46341 48306 66270 81458
 37657 149007 171468 194592 230591 246913 247078 247404 291443
 315278 338268
 76 Gewinne zu 500 M. 812 46624 56455 74654 91195 111835 113903
 120298 134807 159765 179438 180295 180130 191276 192416 199430
 214898 216277 220905 221720 240853 251714 260601 290443 308487
 313983 317503 333981 339244 343388 353490 357792 380793 381089
 382922 385993 392423 398947
 164 Gewinne zu 300 M. 3816 20335 23010 23683 25084 27009 29842
 80049 85346 89593 85535 87828 81078 82808 89059 11638 76876
 81005 82657 84082 96023 97804 100854 101223 102384 107634
 116396 123181 134987 137129 142680 157225 169893 189817 170070
 170072 181302 188750 190906 183447 185948 201225 209623 210884
 222024 225371 226875 227380 232888 234175 257472 284663 285478
 272258 274992 283744 288320 292785 294307 302117 307850 313930
 818026 325673 329222 330719 338006 347468 353739 354725 38064
 594824 368393 371373 374253 374693 375709 382587 380356 382373
 893481 387410
 Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 500.000, 2 Gew. zu 50.000,
 8 zu 10.000, 14 zu 5000, 16 zu 3000, 45 zu 2000, 118 zu 1000,
 264 zu 500, 770 zu 300 M. Rest.

Wilhelm Lichtenberg: Der Einsame

Ich war gezwungen, mich noch eine Nacht in dem kleinen Städtchen aufzuhalten. Am Abend saß ich in dem kleinen Café, hatte bald alle Zeitungen gelesen und blätterte nun im Telefonbuch.

Als ich beim Buchstaben M angelangt war, stieß ich auf einen Namen: Karl Wittner, Karl Wittner... Wittner...? Wo hatte ich denn nur...? Aber natürlich! Der Wittner Karl!! Zweite Bank — äußerster Platz links — wußte immer Jodel in Latein und Mathematik. Das war er! Wahrhaftig, das war er! Der Wittner Karl. Und „Städtischer Oberkommissar“ stand hinter seinem Namen zu lesen. Na, eigentlich war er schon in der Schule so etwas wie ein „Städtischer Oberkommissar“ gewesen... Ans Telefon. Eine verdorrte Stimme meldete sich: „Städtischer Oberkommissar Wittner.“

„Grüß dich, Wittner! Ich bin's, der Lichtenberg Wilhelm. Erinnerst du dich noch...?“

Eine kleine Weile blieb es still. Dann rief er — und seine Stimme hatte plötzlich Klang und Farbe bekommen —: „Du? Ja, wie kommst denn du hierher?“

„Eine kleine Erledigung. Morgen geht's schon wieder weiter. Kann ich dich sehen, sprechen, mein lieber Wittner Karl?“ Er überlegte ein wenig. Dann sagte er: „Ja, du kannst schon, wenn du willst. Aber mache dir nur keine übertriebenen Hoffnungen. Du kommst zu einem unglücklichen, Einsamen. Aber wenn du willst...? Ich erwarte dich.“

Ich wollte, und machte mich gleich auf den Weg. Weit draußen wohnte er, der gute Wittner Karl. Und sein Häuschen sah mit den verschlossenen Fensterräden eher wie ein verwunschenes Schloß aus.

Ich drückte auf die Klingel. Zuerst öffnete sich ein kleines Fenster im ersten Stock und ein Kopf wurde sichtbar. Das also war mein alter Schulkollege Wittner... Sehr verändert! Sehr verändert. Er öffnete selbst. Streckte mir etwas zögernd die Hand entgegen und betrachtete mich lange: „Siehst gut aus! Sehr gut. Na, schau mich an! Ran könnte mich für deinen Vater halten.“

Ich zwang mich zu einem Lachen. Aber der liebe Wittner Karl sah wirklich um vieles älter aus als er war. Dazu diese Haltung und dieser unsichere Blick... Beinahe glaubte ich nun, daß er am Telefon nicht übertrieben hatte. Er sah wirklich ein unglücklicher zu sein.

„Na, komm nur!“ führte er mich die Treppe hinauf. Ich trat in ein düsteres, verwohntes, ungelüftetes, kaltes Zimmer. Bettstätten blieb ich stehen. Wittner nickte bekümmert: „Jaja! Nicht sehr einladend, wie? Aber siehst du, so haust ein Junggeselle. Das ist unser Schicksal. Da hast du's natürlich besser getroffen. Du bist verheiratet?“

„Ja... Ich bin... Allerdings... Du bist also unverheiratet geblieben, mein lieber Wittner?“

„Ja.“ Er blickte lange vor sich hin und sagte kein Wort. Dann erhob er sich aus seinen Gedanken los, erhob sich, und sagte: „Na, wartel. Eine Tasse Tee will ich dir ja doch vorsetzen. Ich lade ihn selbst, weißt du.“

Er machte sich an der Teemaschine zu schaffen. Dabei jammerte er in kläglichem Ton: „Siehst du! Das muß man alles selbst machen. Du natürlich sagst einfach: Diebe Frau, mach' mir einen Tee — und schon steht er da. Jaja, das ist nun mein Schicksal.“

„Das hättest du ja alles auch haben können. Du hättest nur heiraten müssen...“

Er schüttelte heftig den Kopf: „Was? Heiraten? Ich? Danke. Es würde mich verrückt machen, eine Frau hier an der Teemaschine hantieren zu sehen. Verrückt, sage ich dir. Wo zu denn auch? Sieh nur her! Ich treffe es doch ebenigut wie eine Frau. Und ich brauche dann nicht danken zu sagen, und keine Komplimente zu machen, und Hände zu küssen, und zärtlich zu sein, weil es ihr geblüht ist, ein bißchen Wasser heiß zu kriegen. Heiraten? Nein, danke schön! Kein Bedarf vorhanden.“

Der Tee war fertig, er füllte die Tassen voll und trug sie an das kleine Tischchen: „Decken kann ich dir nicht. Aber du entschuldigst wohl? Wenn man zu solcher Einsamkeit verurteilt ist, macht einem nichts Freude. Man lebt nicht besser als ein Tier. Du natürlich, du — hast eine Frau um dich und Kinder... Ja,

Kinder...“ Er seufzte tief und wiederholte nochmals: „Kinder... Was weißt denn du, mein alter Freund, wie einsam man sein kann, wenn man keine...“

„Na, nimm dir irgendein Kind ins Haus, Wittner. Das ist doch...“

Er stellte die Tasse weg und blickte mich entsetzt an: „Was? Ein Kind ins...? Du bist wohl... Das Geschrei, das Geplär, das Gekreische anhören? Bei Tag und Nacht? Wenn ich müde aus dem Amt komme, soll ich mir auch noch... Nein, danke, danke! Das fehlte mir gerade noch! Wo ich ohnehin ein so unglücklicher Mensch bin...“

Er schwieg und versank wieder in sein Brüten. Jetzt sah ich auch, daß er bereits anfang grau zu werden. Lange vor der Zeit. Plötzlich hob er den Kopf, holte einmal tief Atem und fragte: „Na, und du? Dir geht's gut, was? Hast Freunde, Bekannte? Gesellschaft...?“

„Freilich. Das muß man doch haben, um leben zu können.“

„Ja! Das müßte man haben... Ich habe keinen Menschen, keinen Menschen... Ein elendes, ein jammervolles Dasein, sage ich dir! Nicht wert, gelebt zu werden. Immer so allein. Hier — in diesem vier Wänden.“

„Geht du niemals aus?“

„Niemals.“

„In ein Gasthaus? In ein Kaffeehaus?“

„Was fällt dir ein? Soll ich mir die stumpfsinnigen Gesichter ansehen? Da bleibe ich lieber allein. Das ist nichts für mich.“

„Laß dich doch in Familien einladen. Du bist doch ein Mann von gesellschaftlicher Position. Und hier in diesem kleinen Städtchen...“

Er starrte mich entgeistert an: „Ich soll... mich... in Familien einladen lassen? Ich soll... zusehen, wie die Menschen glücklich sind, und nett zueinander, und sich jeden Bunch von den Augen ablesen? Soll ich mir mein Unglück, meine Einsamkeit, noch deutlicher vor Augen führen? Nein, lieber Freund! Das kannst du nicht von mir verlangen. Ich will keine Kontraste sehen. Und deshalb bleibe ich lieber einsam und allein in meinem Hause.“

„Und warum ladest du niemand zu dir? Ein paar Bekannte, Kollegen... Sie würden doch alle kommen, wenn du sie nur rufen wollest!“

Jetzt wurde er ungemütlich und donnerte mich böse an: „Was? Hier zu mir...? Doch sie mir die Teppiche eintreten, meine Fauteuils durchfugen? Doch sie mir die Stube mit ihren Zigarren verpesten? Du lieber Himmel! Alles, nur das nicht! Das nicht! In mein Haus kommt niemand, niemand. Ich weiß, was ich tue!“

Ich erhob mich: „Ja, dann ist dir leider nicht zu helfen.“

Wittner war sitzengelassen und starrte vor sich hin. Seine Stimme klang jetzt wieder tonlos und müde: „Ach, das ist es ja gar nicht. Du verstehst das nicht. Wir fehlen nicht Frau und Kinder, nicht Freunde und Bekannte. Weißt du, was auf mir lastet?“

„Was lastet auf dir?“

„Dieses Rest lastet auf mir. Das ist es. Diese engen Verhältnisse machen mich krank. Doch sich die Leute gegenseitig ins Fenster sehen, und alles voneinander wissen... Diese Kleinstadt ist nicht zu ertragen!“

„Dann laß dich doch in die Hauptstadt verziehen. Das kann doch gar nicht so schwer sein.“

„Nein, schwer ist es nicht. Aber...“

„Aber...?“

„Ich verirage die Großstadt nicht. Diesen Lärm! Dieses Getöse! Man verliert sich in der großen Stadt, man gilt nichts... Nein, nein — nur nicht in die Großstadt!“

Ich sah, daß diesem Wittner Karl wirklich nicht zu helfen sei. Schade. In Latein und Mathematik war er immer so gut gewesen. Dann empfahl ich mich: „Leb' wohl. Und wenn ich wieder einmal in das Städtchen komme, suche ich dich auf. Um deine Einsamkeit ein wenig zu mildern.“

Er geleitete mich zur Tür und sagte, indem er aufschloß: „Sehr lebenswürdig von dir. Aber du mußt dich nicht bemühen. Ich bin sehr gern allein.“

seinen Geruch, an den jedem Menschen eigenen Odem gewöhnt werden, er hatte sie gepflegt, sie gestreichelt, er trat von vorne auf sie zu, sah in ihre Augen, fuhr durch ihre Wädhnen.

„Das A und O der Domptiertkunst, nicht den Rücken den Schül-lingen zeigen, nie zurückweichen, nur auf sie zugehen, auf sie zu-ellen, immer mutig, immer furchtlos, sie packen an Wädhnen, sie zerren, sie rütteln, mit Worten, mit Gesten. Sie sind Ragen, sie spielen, sie sind gut.“

Wie oft nahte da einer mit seiner Brante, wie oft wollte das Tier ihn wieder lieblos, wie oft mit den Lagen streicheln. Ein unbedachter Augenblick und sie löste im Fleische, sie wirkte ver-gistend, durch die Krallen, hinter denen Verwesung herrscht von Futterresten, von giftigem Fleische, von Knochen. Er zog durch die Welt, sein Herr stark, hinterließ ihm die Gruppe. Er trat im engen Käfig auf, halbnaht, hegte die Bestien durcheinander, ohne Knüppel, ohne Eisenstoch. Eine gute Dressur im engen Käfig, wo keine Weiten, keine Möglichkeiten, anders als durch die eine schmale Gittertür zu entweichen. Er heiratete eine zarte, dunkeläugige An-daluserin. Schulreiterin mit eigenem Hengst. Glückhaftes Wandern, glückhafter Zufall, ein Haus können sie erwerben am Lago di Como, ein Heim, in dem sie ihre Tage beschließen, ihre Ferien verbringen wollen. Sie spielt mit den Tieren, sie wirft ihnen das Futter zu, sie geht, jeder weiblichen Angst bar, in den Käfig hinein. Die Nummer wird umgearbeitet, ein besserer Trieb, eine bessere Wirkung. Sie, die Frau im Löwenkäfig, sie arbeitet, während der Mann funkelnden Blickes von außen die Tiere im Schach hält, sie dirigiert, jederzeit zuspringen, heilen kann, falls... .

Aber daran denkt der gute Artist nicht, der Tod steht jede Stunde über ihm. Nur nicht daran denken, ihn bezwingen.

Ein Zufall war es, ein leichter Tag, als Madame Marcello den Tieren das Futter brachte und eines sich regte, eines der geist-igsten Ungeheuer, gerade da sich auf sie stürzte, wie sie ein Dunge des letzten Wurfes streichelte. Vielleicht wollte der Löwe mit ihr spielen, sie wandte ihm den Rücken zu, vielleicht wollte sie mit dem Löwenbaby den Käfig verlassen, furzum... .

„Es gelte ein Schrei an meine Ohren, ich halte in der Nähe zu tun, mein Gehör und ich stürzten zum Käfig und sahen, sahen, wie zwei der Bestien mein Weib zerfleischten, wie sie nicht von ihr ließen, wir hinein, keinen Stoß, keine Pistole, kein Wasser, um die Ragen zu verschrecken. Alle Vorsichtsmaßregeln waren außer acht gelassen. Wir hinein, packten die auf uns stürmenden Tiere an ihren Wädhnen, warfen sie zurück, nur die beiden, die am Fleis, an den Füßen nagten, zogen, zogen, die mußten wir erschlehen.

Der Körper, der zarte, weiße meiner Frau, er wurde ins Spital gebracht, sie starb, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben. Ich habe die Löwen verkauft, habe mein Haus verkauft, jetzt ziehe ich ruhelos wieder auf Landstraßen mit fremden Tieren einher, richte sie ab, bringe ihnen Bewegungen, Gesten bei, lege meinen Kopf zwischen aufgesperrte Ragen, wir... .

Er schmeigt. Der Lärm der Straße gelst an unsere Ohren, die Nacht von Paris ist einfach, und hier sieht einer, einer, der müde, einer der stark, einer der Liebe der Wüste bezwingt... .

Er sitzt — — und weint.

Ivan Heilbut: Hände haben Visagen

Keiner Bekannten Hände kenne ich nicht schlechter als ihre Ge-sichter. Träte ich ihrer einen nach vielen Jahren wieder und zweifelte und traute mich nicht, ihn anzusprechen, so suchte ich seine Hände mit den Klauen zu erfassen. An ihnen wolle ich bestimmt ent-scheiden: „Er ist's — er ist's nicht.“ — Der Gesichtsausdruck des Menschens erstreckt sich nicht nur auf Augen, Stirn und Mund — wir sind die Hände immer als das besondere Gesicht seines Wesens erschienen, wie denn jede äußere körperliche Bildung von der inneren erzählt. Aber ich vermahre mich gegen die Behauptung, daß ich nun jedem neuen Bekannten auf seine Finger zu blicken trachte... . Es ist vielmehr so, daß nach einiger Zeit, ich weiß selber nicht wie, die Hand sich unvergeßlich in mein Gedächtnis eingepreßt hat.

Als Kind hatte ich für jeden meiner Finger eine eigene Be-zeichnung. Der Daumen erichien mir wie mein Vater (etwas unter-fer), der Zeigefinger glich dem schneidigen Leererläufer, der Mittel-finger — — wahrhaftig, ich habe es vergessen — aber der Ring-finger war der Schreiblehrer und der kleine Finger eine chinesische Prinzessin, deren Bild ich in einer illustrierten Zeitschrift gesehen hatte. So stand es an der linken Hand. Die rechte unterschied sich jedoch in dieser Beziehung sehr von ihrer Partnerin. Alle fünf der rechten waren für mich nur charakterlose Burichen, dumme Teufel, die ich höchstens mit Schornsteinsiegeln zu vergleichen wußte.

Drei Arten von Händen unterscheidete ich in diesem Bezug: Schöne Hände, zweckmäßige Hände, häßliche Hände. Die zweck-mäßigen Hände sind jene, welche zu der Vorstellung verhalten: Nur die Hände darüber gespannt — und der Entenschwimmfuß liegt da. Die unregelmäßigen, durchaus häßlichen Hände sind angenehmer zu betrachten als jene glatten, wohlkonstruierten Glieder, die, wenn man sie in ihrer Nacktheit sieht, den Mechanismus sachlich enthüllen.

Der Körper — und insbesondere die Hand — ist ein Käsef; wer es ist, hat die innewohnende Seele erschlossen. List und Hinter-list finden irgendwo im Aeußeren ihren Ausdruck, und das Wort, daß Schönheit und Tüde nicht selten in einem Hause wohnen, wurde von einem zweifelhaften Preisrichter der Schönheit geprägt, denn Tüde färbt zwangierend auf Schönheit ab.

Es wird dem Menschen ein Schwereres sein, das Gesicht seiner Hand zu verstellen als das andere Gesicht, auf dessen Ausdruck er peinlich achtet. Es ist aber nicht unmöglich, daß mancher, der die Augen verstellt, gleichzeitig (bewußt oder unbewußt) den Ausdruck der Hände verzieht, indem er ihnen die möglichst würdige Form zu verleihen sucht.

Ein häßlicher Daumen kann einen Verliebten ernüchtern. Zur Anfang will er sich's nicht eingestehen, langsam, langsam (nämlich mit fortschreitender Kenntnis der Innerlichkeit seiner Angebeteten) gibt er es dann zu. „Sie hat mir von Anfang an nicht gefallen.“ Mit einem lauren Lächeln sieht er am Anatomisch der Liebe, um seine Anschauung zu korrigieren.

Erforschung der Milchstraße. Die amerikanische Harvard-Stern-warte hat unter Leitung des bekannten Astronomen Shapley ein eigenes Laboratorium eingerichtet, das ausschließlich der Beob-achtung und weiteren Erforschung der Milchstraße dienen soll. Nach dem jetzt veröffentlichten ersten Forschungsbericht sind in der Milch-straße 1360 neue Sternbilder photographisch aufgenommen worden, von denen etwa zwei Drittel schwächer als 14. Größe sind.

Was der Dompteur erzählt

In Akte erscheint im Paul-Verlag, Dresden, ein Buch: „Arbeiten“ von Fred A. Colman und Walter Eiler. Wie sind in der Lage, schon jetzt einen Artikel aus diesem Werk als Vorabdruck zu bringen.

In der Rue Blomet ist ein Negerlokal. Es scheint der Trumpf der Pariser Sensationsjagden zu sein, aber dennoch weite, gähnende Leere. „Am Donnerstag und Sonnabend ist Tanz.“ erläutert uns der Garçon, „dann müssen Sie früh kommen, da ist kein Sitz mehr zu breit, kein Stuhl mehr zu schmal, um je zwei Personen zu lassen.“

Am Donnerstag und Sonnabend: Rausch, Gedränge, Polkisten, die Champs Elysées, der Boulevard Montparnasse, der Sebastopol, alle haben sie ihre Vertreter entsandt, um dem Schauspiel, dem großen, ungeheuren zu lauschen, um zu gaffen, zu sehen, wenn Neger aller Rassen, aller Nationen, aller Stände, aller Bétufe, die schönen, die häßlichen, jungen Mädchen im Tanze drehen, im Tanze, der jenen Rest des inneren, bacchantischen Rausches entsest, jenen Rest, um das bißchen Handgeld des Tagewerks ins Nichts zerflehen zu lassen.

Sie tanzen, wild, ungelent, eine Negerkapelle spielt nicht einen Charleston, nicht einen Jimny, nicht einen Black-Bottom, aber einen Negeranz, einen einzigen, der das Blut in den Adern erstarren läßt, der den Rausch des Vergessens einfach, einen einzigen Negeranz, der Stunden um Stunden währt, den die schwarzen Studenten, die jungen Referendare, die Schiffstrimmer, die Groß-kapitane, die Coloureds mit einer famoischen Beisehenheit tanzen, hingegeben an die Mädchen, die farbig, die schwarz, die aus Indien, aus Afrika, aus Marokko, aus New York.

Negermusik, Negeranz, nächtlicher Spuk, Sensation! Wer tut nicht mit, hallo und Teufel? Sigt da einer stumm, mit glasigem Blick, schaut in die Weite, die Ferne, abwesend... . Ist das

nicht...? Die Frage erstirbt auf den Lippen, schon eilen Schritte zu ihm, spricht ein Mund, wirbt ein Händedruck, wird ein Bekann-tein erneuert.

Marcello ist mit seinen Löwen hier, in einer Wanderchau, weit vor den Toren tritt er auf. Wer wird ihn kennen? Nicht viele, nicht die, die im Parteisessel der Großparietés sitzen. Aber wir, ja wir tragen uns einst auf einer Landstraße im steinigen Gebirgs-dorf, eine Zeltvorstellung, eine Wanderarena. Viele Nummern, unbekannte Nummern, aber gute, korrekte, solche, die mit Aufmachung „great success“ haben würden. Weit unten in Italien war es und heute hier in Paris, im Negerlokal, beim fröhlichen Tanze, sigt einer traurig, müde, einer, der über Bestien, über Löwen, über Tiger herrscht?

Er schaut uns an, so schwer, so erregt, so förrisch, daß wir ihn aus Traum und Flucht erweckt. Er steht auf, will gehen, fragt, ob wir mitkommen. Er schwant bedächtlich, entschuldigend, daß ein Artist einmal unsofside, daß er trinkt, aber er muß, muß die Kohle, den Schlund mit Ros füllen, mit Branntwein, mit Champagner, denn... .

Er bricht ab, Tränen glänzen aus seinen Augen, aus den Augen, die furchtlos in das Antlitz des Todes hineinstieren.

Wir sitzen im Coupole, am Montparnasse, im Freien, wo kühler Abendwind die Stirnen umweht, wo steife Hemdrüste, wo Smokings und zerlöcherter Joden im trauten Freundschaftsbedürfnis sich grühen, wo Bachruhe noch im Schlagertakt gleich zerlöcherter Sohlen über den Asphalt, das Pariser Pflaster gleiten. Marcello erzählt.

Er hatte seine eigene Gruppe, Zuchtlöwen, Löwen, die nicht in der Wildnis, die im Käfig geboren. Einst war er Tierpfleger gewesen — der Weg aller Dompteurs, aller Dressure — hatte seine Hände in das Fleisch, das Futter verkrallt, damit die Bestien an

Bernünftige Agrarpolitik oder Zollunfug?

Teuerung für Leberwurst, Speck, Fleisch, Zucker, Brot. — Sie rächt sich am Bauern!

Die letzten Wochen haben eine Reihe von neuen Zollplänen zutage gefördert, mit denen der Agrarreise begegnet werden soll. Der Sozialdemokratie braucht heute niemand mehr Verständnis für die Landwirtschaft zu lehren, auch soweit zollpolitische Mittel wirklich etwas nützen können. Die jetzt erbobenen Zollforderungen stellen aber einen solchen Rückfall in die alte schematische Zollpolitik des Bürgerblocks dar, daß sie aufs schärfste bekämpft werden müssen.

Die Verteuerung der eingeführten Lebern nützt den Bauern nichts.

Da ist die geforderte Aufhebung der Einfuhrerleichterungen für Innereien. 80 Proz. der hauptsächlich aus Dänemark eingeführten Innereien bestehen aus Lebern, die zur Herstellung billiger Leberwurst für den Massenhaushalt verwendet werden. Die geforderten Einfuhrerleichterungen, eventuell unter dem Vorwand „nahrungspolitischer Maßnahmen“, würden die Einfuhr von billigen Lebern absolut verhindern und ein billiges Massennahrungsmittel verknappen und verteuern. Dabei ist von einer Konkurrenz dieser eingeführten gegenüber den aus deutschen Schlachtungen anfallenden Innereien keine Rede; denn die deutsche Landwirtschaft kann die Nachfrage nach billiger Leberwurst keinesfalls befriedigen. Da die Massen billige Leberwurst nicht durch teurere Wurst oder Fleisch ersetzen können, wäre der Erfolg lediglich eine schlechtere Lebenshaltung der Massenverbraucher, nicht aber eine bessere Rentabilität in der Landwirtschaft.

Dazu kommt: Zur Herstellung von einem Pfund Leberwurst sind ungefähr 30 bis 60 Proz. Schweinefett notwendig, dessen Abzug — nicht weniger als 360 000 Zentner Fett — durch die Verhinderung der Lebereinfuhr weitgehend wegfällt. Der Kampf gegen die Innereinfuhr richtet sich also letzten Endes gegen die Landwirtschaft selbst.

Höhere Speckzölle bringen Einnahmen für den Staat — nicht für die Bauern.

Ebenso unsinnig, für die Landwirtschaft nutzlos und die städtische Bevölkerung belastend, ist die verschiedentlich geforderte Zollerhöhung für Schweinefleisch und Schweinefleisch. Die zu beklämpfende Speckzufuhr beträgt ohnehin nur 3600 Tonnen, d. h. nur noch ein Drittel der im Jahre 1926 eingeführten Speckmenge. Von einer Bedrohung der deutschen Schweinehaltung durch diese minimale Speckzufuhr kann nicht die Rede sein. Auch die Einfuhr von Schmalz geht durch das Vordringen der Butter bei der verbesserten Bevölkerung zurück. Für die Massen ist aber das amerikanische Schmalz bei der Preisdifferenz von 33 Pfennig pro Pfund (Reinhardt) noch immer ein unentbehrliches Lebensmittel. Ein Artium, anzunehmen, daß der geforderte Mehrtzoll von 4 M. je Doppelzentner das ausländische Schmalz verdrängen würde. Das Pfund Auslandsschmalz würde um 2 bis 3 Pf. verteuert werden. Die Preisdifferenz zwischen deutschem und amerikanischem Schmalz bliebe immer pro Pfund noch 30 Pf. Kein Verbraucher, der sich bisher nur amerikanisches Schmalz leisten konnte, würde um höhere Agrarierungen willen das um 30 Pf. teurere Inlandschmalz kaufen. Inlandsches Schmalz würde aber durch diese Zollerhöhung nicht teurer. Der Schmalz Zoll ist eben bei den gegenwärtigen Verhältnissen kein Schutz Zoll für die Landwirtschaft, sondern ein reiner Finanz Zoll für den Staat; seine Erhöhung wäre daher für die Landwirtschaft einfach nutzlos.

Ausländisches billiges Schmalz spielt in der Fettverarbeitung, ausländische billige Leberwurst in der Wurstverarbeitung der milderbemittelten Bevölkerung dieselbe Rolle wie das Geflügelfleisch in der Fleischverarbeitung. Ausgerechnet gegen diese für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung unentbehrlichen Lebensmittel richten sich die neuen Zollforderungen, obwohl die Nutzlosigkeit dieser Maßnahme für die Landwirtschaft absolut klar zutage liegt.

Daselbe gilt für die Erhöhung der Rindvieh- und Schweinezölle.

Gerade im landwirtschaftlichen Interesse sollte zurzeit jeder Versuch, die Schweinepreise künstlich zu übersteigern, unterlassen werden. Der Krebschaden der bauerlichen Schweineproduktion liegt in den ungeheuren drei- bis vierjährigen Preisschwankungen durch die Massenaufzucht bei hohen Schweinepreisen und den Preissturz nach etwa 1½ Jahren, wenn alles verkauft wird. Gerade das Jahr 1929 ist nun wieder ein Jahr hoher Schweinepreise. 1930 dagegen ist ein Absinken der Preise zu erwarten. Jeder weitere Versuch, die Schweinepreise gegenwärtig noch zu erhöhen, würde die Landwirtschaft zu übermäßiger Ausdehnung der Schweinemast veranlassen und dadurch zur Verstärkung der im Jahre 1930 ohnedies zu befürchtenden Preisentwertung beitragen.

Eine schlechte Heuernte im letzten Jahre, die gegenüber der Vorkriegszeit verschlechterte Schlachtviehqualität, machen die heutigen Rindviehpreise ungünstig. Diese ungünstige Preislage durch Zollerhöhung für Lebendvieh zu verbessern, ist aber aussichtslos, da die Zollerhöhung keinesfalls eine Verringerung der dänischen Einfuhr von Schlachtvieh und vor allem von Schlachtkühen nach Deutschland zur Folge hätte. Für die intensive dänische Milchviehhaltung ist die Schlachtkuh ebenso wie für den fortschreitlichen Teil der deutschen Landwirtschaft ein Abfallprodukt der Milchviehhaltung. Dieses Abfallprodukt wird zu jedem Preise, evtl. auch mit Verlust, abgestoßen. Da Deutschland das einzige Einfuhrland für dänisches Rindvieh ist, würde sich das Angebot dänischen Rindviehs für Deutschland nicht verringern, folglich auch der Preis nicht heben. Zollmaßnahmen würden der deutschen Rindviehwirtschaft keinen Nutzen bringen; sie würden die Einfuhr dänischen Lebendviehs wegen des dann günstigeren Fleischzollens in eine Fleischzufuhr verwandeln und dadurch die in den letzten Jahren mit großen Mitteln erbauten Seegrenschlachthäuser stilllegen.

Die Forderung höherer Zuckertölle ist eine Provokation.

Aus dem Agitationsbedürfnis des in seiner Macht erschütterten Landbundes wären die bisher behandelten Zollpläne trotz ihrer Unvernunft noch zu verstehen. Die agrarische Forderung nach einer abermaligen Zuckertollerhöhung jedoch kann nur als bodenlose Unvernunft bezeichnet werden. Im Dezember des letzten Jahres wurde der Zuckertoll von 15 auf 25 M. unter Zustimmung der Sozialdemokratie erhöht, weil zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Zollpolitik in dem neuen Zuckertollgesetz ein wirklicher Schutz der Verbraucher gegen übermäßige Preissteigerungen garantiert wurde. Der Zuckertoll sollte automatisch auf 10 M. ermäßigt werden, wenn der

monatliche Durchschnittspreis 21 M. übersteigt. Obwohl dieser Preis bereits an der Obergrenze des für die Verbraucherschaft Tragbaren liegt und nach Ansicht zahlreicher Sachverständiger eine durchaus befriedigende Rentabilität des Rübenbaus garantiert, verlangen die Deutschnationalen eine Erhöhung des Höchstpreises für Zucker auf 25 M. und eine Erhöhung des strengen Zolls von 10 M. auf 15 M.

Nun hat das Zentrum — unmittelbar nachdem es seinen Minister aus der Regierung zurückgezogen hatte — einen ganz ähnlichen Antrag gestellt und eine sehr ernste Situation geschaffen. Um deutschnationale Agitationsanträge braucht man sich praktisch nicht zu sorgen. Was das Zentrum hier aber beginnt, könnte die Rühllosigkeit zu einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien in den Fragen der Lebensmittelpreise hoffnungslos verschütten. Die von den Deutschnationalen geforderte Erhöhung des Höchstpreises für Zucker ist eine Steigerung des Verbraucherschutzes aus dem Zuckertollgesetz vom Dezember 1928!

Hier wird mit dem Feuer gespielt!

Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Sozialdemokratie aus den neuen Zuckertollerforderungen den Schluß ziehen müßte, daß die Zeit für eine wirkliche Zusammenarbeit von Erzeugern und Verbrauchern bei der Regelung und Stabilisierung der Lebensmittelpreise, die nötig ist, noch nicht reif ist. Die Weizenpreise müssen stabilisiert werden. Die bisher

in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge einer Preisausgleichsgebühr von 2,50 M. je Doppelzentner, die zu dem bisherigen Zoll von 5 M. je Doppelzentner treten soll, sobald der Weizenpreis im Monatsdurchschnitt niedriger als 26 M. je Doppelzentner liegt, und die wieder wegfällt, wenn der Weizenpreis 28,50 M. übersteigt, sind bereits vom Handel als undurchführbar bezeichnet worden. Auch die Sozialdemokratie kann solchen Gleichzollplänen, die die Preisschwankungen nur noch verschärfen können, unter keinen Umständen beistimmen. Andere Mittel und Wege müssen gefunden werden, um die Stabilisierung der Getreidepreise zu erreichen.

Die Sozialdemokratie hat wiederholt erklärt und durch ihr Verhalten in der Zuckertollfrage praktisch bewiesen, daß sie durchaus bereit ist, eine vernünftige Politik der Preisstabilisierung auf der Grundlage eines ehrlichen Ausgleichs zwischen Erzeugern und Verbraucherinteressen mitzumachen. Demagogische Zollforderungen nach altem Landbundesrezept jedoch, die wie die neue Zuckertollerforderung ein Schlag ins Gesicht der Verbraucher sind, machen diese Bereitschaft der Sozialdemokratie und der hinter ihr stehenden städtischen Massen zu einer Unmöglichkeit. Die landwirtschaftlichen Vertreter in den bürgerlichen Parteien mögen sich überlegen, ob sie eine Rückkehr der Sozialdemokratie in die rechte Abwehrstellung von früher wünschen, ob sie neuen Kampf einer Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern vorziehen. Die maßlose und kurzfristige Interessenpolitik der letzten Wochen ist ein schlechter Weg zur agrarpolitischen Vernunft.

Die Glanzentwicklung bei Kali.

1928 um 17 Prozent bessere Ausnutzung der Betriebe.

Dem Jahresbericht der Kaliprüfungsstelle für 1928 entnehmen wir, daß sich der Jahresabfall im verflohenen Jahr, verglichen mit dem Jahre 1927, um rund 14,70 Proz. steigerte. Es wird darauf hingewiesen, daß das Ergebnis durch Borratslieferungen an die neuen Wässhülgerfabriken günstig beeinflusst wurde. Diese Lieferungen dürften jedoch erst in diesem Frühjahr an die Landwirtschaft gelangen.

Der Auslandsabfall, auf den der deutsch-französische Handelsvertrag und der Ausbau der Auslandsvertriebsorganisationen wohlwollend rückwirkten, steigerte sich gegenüber 1927 um rund 20 Proz.

Die Betriebe konnten gegenüber dem Vorjahr um 16,70 Proz. besser ausgenutzt werden und gegenüber dem Jahre 1922 sogar um 54,60 Proz. Dabei ging die Zahl der Arbeiter in der Zeit von 1922 bis 1927 um rund 49 000 auf etwa 21 270 zurück und die Zahl der Angestellten von 4665 auf 2330.

Das Ausmaß in der Steigerung der Leistung pro Kopf wird klarer, wenn man die Zahlen von 1922 gleich 100 setzt. Dann ergibt sich folgendes:

	1922	1927/28
Ausnutzung der Betriebe	100	155
Zahl der Arbeiter	100	43
Zahl der Angestellten	100	49

Dafür zählt die Kaliindustrie heute auch Rekorddividenden, die zwischen 5 und 15 Proz. liegen. Beim Löhnezahlen ist man weniger freigebig.

Ueber die Beteiligung am Abfall — der gesamte Abfall wird in der Syndikatsregelung in Laufendstiel aufgeteilt — wird bemerkt, daß die größte Kaligruppe, der Wintershallkonzern, über rund 384,85 Tausendstel verfügt. Die zweitgrößte Gruppe, Salzgitter, vereinigt 210,70 Tausendstel auf sich. Surobach weist 164,17 Tausendstel auf. Ihm folgen im weiten Abstand der preussische Staat (Breuhagen) mit 59,69, die Kali-Chemie mit 42,30, Anhalt (Anhaltische Salzwerte) mit 31,21, die Einigungsgesellschaft mit 28,72, die Mansfelder Kaliwerke mit 22,62, die Sauergruppe mit 25,64, die Solonawerte mit 22,28, die Köhling-Gruppe mit 6,82 und die Sonderfabriken (Stahlfurt, Harburg usw.) mit 1,24 Tausendstel.

140 Prozent Dividende!

Aus dem indischen Textilarbeiterland herausgeschunden.

Das Elend des indischen Textilproletariats ist grenzenlos. Streiks werden in vielen Industriezentren nicht wegen einer Verbesserung der Lebenshaltung über das Existenzminimum hinaus, sondern nur zur Widerung des Hungers bei 14tägiger Arbeitszeit geführt. Die blutigen Kämpfe der letzten Wochen in Bombay hatten ihren Ursprung in Hungerrevolten der letzten Monaten ausgeperrten Arbeiter, gegen welche die Engländer Artillerie und Maschinengewehre einsetzten.

Doch aus dem größten Elend das englische Kolonialkapital die größten Profite zieht, beweisen die jetzt veröffentlichten Gewinnziffern der vom englischen Kapital beherrschten indischen Textfabriken. Die Empire Jute Company zahlt ihren Aktionären wieder 100 Proz. Dividende, während die Kainin-Jute-Company sich sogar zu 140 Proz. Dividende versteigt. Mehrere andere größere Fabriken verteilen Johann noch 30 bis 45 Proz.

Die britischen Aktionäre, die irgendwo in England sich ihres Lebens freuen, werden nicht danach fragen, unter welchen elenden Lebensbedingungen diese enormen Werte verdient wurden für die indischen Textilarbeiter aber werden diese Profite ein neuer Anlaß zum organisatorischen Zusammenschluß und zum verheerendsten Kampf gegen das Ausbeuterium sein.

Stahlwerk Hennigsdorf stärkt sich finanziell weiter

Das Stahlwerk Hennigsdorf im Norden von Berlin, dessen Beschäftigte seit Wochen einen Kampf um Heraushebung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen führt, zahlt für das Geschäftsjahr 1927/28 wieder keine Dividende. Die Gesellschaft zieht es vielmehr vor, ihre Uberschüsse von 770 000 M., die fast 100 Proz. des Aktienkapitals entsprechen, auf die Anlagen abzugeben. Das finanzielle Ergebnis war besser als im vorhergehenden Geschäftsjahr, in dem ein Uberschuß von 708 000 M. ausgewiesen und gleichfalls für Aufstellungen verwendet wurde.

Das Unternehmen, das 1924/25 noch einen Verlust von 760 000 M. erlitt und im folgenden Betriebsjahr Gewinn und Verlust gerade ausglich konnte, hat sich also in den letzten beiden Jahren gut entwickelt. Wenn die Großaktionäre, der Mitteldeutsche Stahlbau und die A.G., auf Dividende verzichten

und die Gewinne zur inneren Stärkung des Betriebes verwenden, ist das ihre Sache. Sie können dann aber ihren schlecht entlohnenden Beschäftigten nicht vorpiegeln, daß es dem Stahlwert Hennigsdorf schlecht ginge.

Mister Sloan kauft Opel.

Frankfurt a. M., 11. März. (Eigenbericht.)

Am Montag früh ist in den Opelwerken Rüsselsheim der Generaldirektor der amerikanischen General Motors Corporation mit einem Stab von Beamten und Sachverständigen eingetroffen. Seit Wochen werden in dem Rüsselsheimer Werk von den Beamten der General Motors eingehende Prüfungen und Untersuchungen vorgenommen, und es dürfte wohl nicht daran zu zweifeln sein, daß der Übergang der größten deutschen Automobilfabrik in den Besitz der größten amerikanischen Kraftfahrwerke vor der Tür steht.

Wie wir weiter erfahren, steht die General Motors den Opel 4-PS-Wagen als den bestgeeigneten Modelltyp zur Eroberung des deutschen und europäischen Automobilmarktes an. Der Wagen soll einen neuen Motor erhalten und sein Preis auf 1800 M. herabgedrückt werden, da die Preisdifferenz zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis eine solche Preisermäßigung veranlaßt.

Ueberraschend günstige Reichsbanklage.

Vor dem Wochenausweis der Reichsbank zum 7. März hatten viele Leute Angst. Die Reichsbank hatte für 46 Millionen Gold nach New York verkauft und um diesen Verkauf spannte sich manche besorgte Ueberlegung. In der Woche zum 7. wurde in Deutschland von vielen Stellen, auch von manchen sehr großen Banken, Geld gesucht. Man brachte das mit einem starken Abfluß von kurzfristig geborgten Auslandsgeldern in Zusammenhang, und der Gedanke lag nahe, daß Wechsel in fremden Währungen in Deutschland so hart gesucht und so teuer wurden, daß es vorteilhafter war, gegen Reichsmark Gold zu erwerben und zu verschicken statt die sogenannten Devisen. Der Goldverkauf der Reichsbank hat daher vermuten lassen, daß einmal die Reichsbank sehr stark in Anspruch genommen worden ist wegen der vorhandenen Geldknappheit und daß zum anderen die Reichsbank die Mark gegenüber dem Pfund und dem Dollar verteidigen mußte.

Jetzt zeigt sich, daß die Geldnachfrage keineswegs so groß war, wie man annahm. Die Wechselbestände der Reichsbank sind nicht gestiegen, sondern um 127 auf 1749,4 Millionen gesunken; ebenfalls haben auch die Lombarddarlehen die relativ starke Abnahme um 143,5 auf 153,8 erfahren. Im Zusammenhang mit der an sich geringfügigen Abnahme der Kundengelder auf Girokonten um 27,6 auf 592,9 Millionen nahm auch der Umlauf an Reichsbanknoten um 215,4 auf 4337,7 Millionen immerhin ziemlich beträchtlich ab. Dabei ist zu beachten, daß im Februar ganz regelmäßig der Geld- und Kreditbedarf der Wirtschaft zu steigen beginnt.

Die Reichsbank teilt außerdem mit, daß ihre Goldbestände zwar um 46,1 auf 2682,8 Millionen abgenommen haben, und zwar durch Verkäufe nach New York, daß aber auf der anderen Seite mit diesem Goldverkauf 37,6 Millionen Reichsmark Devisen neu erworben worden sind, so daß sich der Bestand an Dringungswechseln auf 127,9 Millionen wieder erhöht hat. Da auch auf den anderen Punkten der Reichsbank eher eine Zunahme als ein Verlust von Devisen zu vermuten ist, lag also irrend eine Zwangslage, den hohen Devisenverlusten entgegenzuwirken, nicht vor. Die Reichsbank rechnet nur, nachdem ihre Goldbestände ohnehin sehr groß sind, die verminderten Devisenbestände, die übrigens im Gegensatz zum Gold auch Zinsen tragen, vermehren.

Noch ein Aushenker vom Röhrenkartell angekauft. Dem vorjährigen Auktionskauf des Röhrenkartells ers Stahlwerk Riedererchein durch das deutsche Röhrenkartell folgt jetzt die Auktionskauf eines holländischen Aushenkers durch das Europäische Röhrenkartell. So hat dieses Kartell, wie wir hören, die Aktienmehrheit des holländischen Stahlwertes de Waas erworben und die Folge dieser Aktion wird sein, daß der geplante Ausbau eines Röhrenwertes bei dem holländischen Industrieunternehmen unterbleibt. Man sieht, daß die Deutschen, wie auch die internationalen Kartelle sich ihre Monopolstellungen etwas kosten lassen, da die hochgeschraubten Spindelpreise sie für diese Sonderunterschiede reichlich entschädigen. Dies ist bei dem europäischen Röhrenkartell um so mehr der Fall, da die einheitliche Bildung eines Welt-Röhrenkartells mit den Engländern und Amerikanern nach den bereits abgeschlossenen Verhandlungen nur noch eine Frage von Tagen ist.

Schuhfabrik Heß-Erurt erhöht Dividende von 6 auf 8 Proz. Daß trotz des verschlechterten Geschäftsganges in der Schuhindustrie einige Werte im letzten Jahre noch gut verdient haben, zeigt der Abschluß der R. Heß, Schuhfabrik in Erurt. Diese Gesellschaft konnte bei erhöhten Umsätzen aus einem Reingewinn von 555 000 M. ihre Dividende von 6 auf 8 Proz. herausheben.